Nr. 223 — Halle a. S., Dienstag den 24. September 1912 — 23. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatlich 60 Pfennig frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich 1,65 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Fernsprech-Anschlüsse: Schriftleitung: Nr. 839. Geschäftsstelle: Nr. 1047.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis für die fünfgespaltene Nonpareillezeile od. deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig, Anzeigen unterm Textteile die Zeile 75 Pfennig.

Anzeigen für die laufende Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Chemnitz.

Der Parteitag in Chemnitz bot sechs Tage lang ein Bild planmäßiger und sachlicher Arbeit. Da heftige und leidenschaftliche Auseinandersetzungen mit persönlichen Noten nicht vorkamen, so findet die bürgerliche Presse von der konservativen Deutschen Tageszeitung bis zur demokratischen Frankfurter Zeitung den Parteitag „langweilig". Die Sozialdemokratie geht über dieses Geschwätz ebenso zur Tagesordnung über, wie über das bisherige von der „gegenseitigen Herunterreißerei der Genossen". Wir haben am Ende der Tagung nur den Gehalt und die Bedeutung der Arbeiten des Parteitages für die Zukunft der Arbeiterbewegung zu betrachten. Und da ergibt sich keine ungemischte Befriedigung.

Die Hauptaufgaben des Parteitages waren: die Parteileitung weiter und tauglicher zu gestalten und die Taktik gegenüber den Reichstagswahlen und dem Imperialismus richtunggebend zu besprechen. Die Erledigung dieser Punkte läßt manchen Wunsch unerfüllt und teilweise Klarheit und Entschiedenheit vermissen.

Am unvollkommensten gelöst dünkt uns die Reform der Parteileitung. Die Erfordernisse waren: Einflußnahme der großen Bezirke und Landesteile auf die Leitung der Partei und Erweiterung des Parteivorstandes durch führende Politiker. Das letztere hat man bedauerlicherweise abgelehnt, ja sogar das Tor noch extra fest geschlossen, das ein Antrag Lebedour wenigstens durch Nichtfestsetzung der Zahl der Beisitzer für kommende Erweiterungen offen halten wollte. Das scheint im Hinblick auf die wachsenden Aufgaben und die bestehen bleibende Alleinverantwortlichkeit des Parteivorstandes zum mindesten unklug gehandelt. Es kommt hinzu, daß der vorgesehene Parteiausschuß durch seine Größe und die Art seiner Zusammensetzung nicht politisch fördernd, sondern viel eher hemmend auf den Parteivorstand wirken wird. Man beachte, daß zum Parteiausschusse jeder der 45 bestehenden Agitationsbezirke je einen Vertreter ernennt, so daß einschließlich der 12 Vorstandsmitglieder ein Parlament von rund 60 Köpfen zusammenkommt. Erfahrungsgemäß wird eine solch umfassende Körperschaft weder politisch noch sonstwie besonders aktiv wirken.

Die zweite Aufgabe: Einflußnahme der entscheidenden Bezirke und Landesteile auf die Parteileitung löst der Ausschuß so unvollkommen wie möglich. Hier wäre doch das erste Erfordernis, daß die Bezirke ihrer Stärke nach die Vertretung bekämen. Da aber jeder Bezirk ganz mechanisch ein Ausschußmitglied bestimmt, so haben die winzig kleinen Bezirke den gleichen Einfluß wie die großen. Man vergleiche nur: Saargebiet 749 Mitglieder, Posen 1235, Kattowitz 2064, Gotha 2795, Meiningen 2953 usw. Dagegen Groß-Berlin 119 769 Mitglieder, Hamburg 60 849, Schleswig-Holstein 50 634, Dresden 55 885 usw. Der Parteiausschuß soll in politischer Beziehung vorwärts treiben und die Aktivität der Masse in den entscheidenden Großstädten und industriellen Riesen-Bezirken zum Ausdruck bringen — dabei gibt man den kleinen und unentwickelten Landesteilen den entscheidenden Einfluß! Hier müßte man die Forderung stellen, daß nicht nach Personen, sondern nach der Zahl der Organisierten abgestimmt wird, falls man den Widersinn vermeiden will, daß eine Mehrheit einen Beschluß faßt, hinter der nur eine verschwindend winzige Minderheit der Parteimitglieder steht. Schließlich kommt hinzu, daß man wohl durchweg die Bezirkssekretäre als Ausschußmitglieder bestimmen wird, weil ja in Zukunft die Sekretärkonferenzen wegfallen und übrigens der § 20 ausdrücklich besagt, der Bezirksvorstand wählt „aus seiner Mitte" usw. Der Parteiausschuß ist demnach wohl eine Bezirkssekretärkonferenz mit erweiterten Rechten. Gar mancher Genosse mag sich die „Politisierung" der gesamten Parteileitung durch „frische Kräfte aus den Reihen der Genossen" etwas anders vorgestellt haben. Es gilt nun abzuwarten, wie der Parteiausschuß wirken wird. Jedenfalls muß innerhalb der Organisationen und der Presse fortdauernd das regste Parteileben aufrecht erhalten werden.

Einzigartig und außerordentlich bezeichnend war die Erledigung des Punktes Reichstagswahlen. Die Art, wie Genosse Scheidemann das für unsere ganze Parteientwicklung so einschneidende Stichwahlabkommen mit den Fortschrittlern behandelte, charakterisiert nicht nur das ganze erhabene Dämpfungsgeschäft, sondern den heutigen Parlamentarismus selber wie er leibt und lebt. Daß man auf diese Weise rednerische Erfolge erzielt, ist nicht verwunderlich. Vor sieben Jahren freilich, auf dem Parteitag in Jena 1905, sagte ein Redner: „Ich meine, wir halten es mit unserer alten Devise: Durch Kampf zum Sieg, nicht etwa mit einer neuen: Durch Kuhhandel zu Mandaten." Dieser Redner war der — Reichstagsabgeordnete Scheidemann, derselbe, der jetzt den Dämpfungskuhhandel just als den weisesten und schlauesten politischen Schachzug feiert und preist. So ändern sich die Zeiten — und so wachsen wir in den Parlamentarismus hinein. Ein Schritt bedingt den andern, wir gehen interessanten Zeiten entgegen. Der rechte Flügel der Partei begrüßt das Stichwahlabkommen stürmisch als überhaupt ersten wirklich politischen Schritt, den der Parteivorstand bis jetzt getan habe. „Nun aber weiter!" — so lautet die Forderung. Und die Stimmen unserer liberalen Gegner sind außerordentlich zahlreich, die in dieser „Bündnisfähigkeit" und „Bündnistreue" das „Heraufdämmern der politischen Vernunft bei der Klassenpartei" feiern. „Das war vielleicht des Parteitags entscheidende Tat. Mit ihr tritt die Sozialdemokratie entschlossen in das Ganze der parteipolitischen Konstellationen, deren Möglichkeiten bedeutungsvoll vergrößernd" — so sagt eine liberale Korrespondenz, die von einem Hall. Blatte abgedruckt wird. „Die Parteileitung hat in der Tat ein unerwartetes Maß politischen Verstandes und politischer Entschlossenheit an den Tag gelegt." (Frankfurter Zeitung.) „Der sozialdemokratische Parteitag bedeutet durch diesen Sieg der gesunden Vernunft über unfruchtbare Prinzipienreiterei einen Markstein in der Geschichte der Partei wie des öffentlichen Lebens." (Berliner Volkszeitung.)

Bebel hat wiederholt gesagt: wenn uns die Gegner loben, so müssen wir stutzig werden, ob wir nicht eine Dummheit begangen haben. Das Lob der Liberalen fließt diesmal beispiellos reichlich, das mag den bedenklich stimmen, der da zugleich beachtet, daß die politischen Vertreter des Kapitalismus die Liberalen sind und der schließliche Endkampf: Arbeit gegen Kapital zwischen der Sozialdemokratie und dem Liberalismus auszufechten ist.

Wir bedauern, daß der Parteitag zu keiner Mißbilligung der schier unglaublichen „Dämpfung" gekommen ist. Wir haben alle Ursache, mit der Verfilzung in den bürgerlichen Parlamentarismus und sein bezeichnendes Parteigetriebe vorsichtig zu sein, zumal durch die heranbrausende Entwicklung mit ihren unvermeidlichen Massenkämpfen die Ernüchterung allerseits nicht ausbleiben kann.

Ausführungen von bemerkenswerter wissenschaftlicher Höhe erbrachten Referat und Besprechung über den Imperialismus. Diese letzte und reifste Form des Kapitalismus mit seiner gewaltsamen Ausdehnung nach außen und unerhörter Unterjochung nach innen treibt zu entscheidenden Auseinandersetzungen. Aufrüsten und Weltkrieg liegen in der Luft. In der schärfsten Bekämpfung des „Aufrüstens" ist sich die Partei einig, nur über die besondere Tendenz und die Formen der Agitation und die praktischen Möglichkeiten ihrer Erfolge und ihrer Wirksamkeit sind die Meinungen geteilt. Im ganzen aber ist die Theorie des Imperialismus noch nicht umfassend und tief genug erkannt, so daß sich weitere ernste Studien und Diskussionen notwendig machen. Die bewährte Praxis der Partei wird davon zunächst nicht berührt. „Bereit sein für Massenkämpfe und entscheidende Auseinandersetzungen" — das ist alles. Darüber besteht nur eine Meinung und ein Wille in der Partei.

Die Affäre „Göppingen" mußte auf dem Parteitage verhandelt werden, weil die Partei eine einwandfreie Feststellung braucht, daß sie unter keinen Umständen eine Beeinflussung der freien Meinung der Presse durch Geldunterstützungen duldet. Die Irrungen und Wirrungen ergeben, daß der Parteivorstand diese gefährliche Bahn nicht betreten hat; wie jedoch die Rolle zu bewerten ist, die der württembergische Landesvorstand dabei gespielt hat, läßt sich bei all den gegenseitigen Behauptungen und Anschuldigungen nicht klar beurteilen. Jedenfalls sind die Kämpfe zwischen Revisionismus und Radikalismus in Württemberg nicht erledigt; sie werden so lange dauern, bis die Schärfe der Parteitaktik mit der scharfen kapitalistischen Entwicklung in Einklang gebracht ist.

Die Maifeier wurde im Referat recht „gemütvoll" behandelt, so daß man vermuten könnte, die Bestrebungen, die Arbeitsruhe fallen zu lassen oder die Feier auf einen Sonntag zu verlegen, hätten breiteren Boden gefunden. Dieser Tendenz wird man entschieden entgegentreten müssen. Daß der wenig klar gefaßte Nürnberger Beschluß auf Abführung des arbeitslosen Tagesverdienstes aufgehoben würde, wird man im Hinblick auf die vielen Zwistigkeiten und Weigerungen billigen können. Trotzdem bleibt die moralische „Opferpflicht" der Partei- und Gewerkschaftsangestellten (soweit die letzteren Parteimitglieder sind) bestehen, wie wohl auch der kommende Parteitag bestätigen wird.

Mit Genugtuung wird man den Ausschluß des Nationalsozialen oder Nationalliberalen Hildebrand aus der Partei bei den Proletariermassen begrüßen. Das Operieren mit Gefühlsmomenten, mit Mitleid und mit „Duldsamkeit" muß gegenüber den politischen Notwendigkeiten beiseite geschoben werden. Die geschlossene Vierfünftelmehrheit des Parteitages erwies wieder einmal klar, welch winzig kleine Gefolgschaft hinter den mit allen Finessen advokatorischer Gewandheit arbeitenden Revisionisten steht. So richtig es ist, daß wir freilich eine erkleckliche Anzahl Hildebrands in der Partei haben und leider behalten werden, so deutlich ist doch die Chemnitzer Warnung der kämpfenden Proletarierpartei: treibt kein Schindluder mit uns!

Ueber die weiteren erfreulichen Arbeiten des Parteitages: Stellungnahme zur Teuerung, Bergarbeiterschutz, Verschärfung des Schnapsboykottes usw. erübrigen sich besondere Bemerkungen. Auch der Wunsch auf Vermeidung der „Sonderkonferenzen" spricht für sich selbst, obgleich wir glauben, daß die Entwicklung der Dinge beide Seiten der Partei immer wieder zu besonderen Besprechungen und Verständigungen treiben wird.

Alles in allem: Chemnitz erbrachte eine arbeitsreiche Tagung mit vielen begrüßenswerten Lichtpunkten, doch läßt die Erledigung mancher Hauptfragen keine ungemischte Freude aufkommen. Gleichviel: das Gelöbnis jedes Einzelnen in unserem Bezirke muß sein: rastlose Arbeit zur Stärkung der Partei und der Geschlossenheit und Schlagkraft ihrer Organisation!

Ein charakteristisches liberales Urteil über den Parteitag fällt der Chefredakteur des Berliner Tageblatts. Den das Stichwahlbündnis mit seiner den Fortschrittlern so günstigen Dämpfung abschließenden Parteivorstand lobt er:

„Unbestritten zeigten die paar Männer des Parteivorstandes nicht nur kluge Einsicht, sondern auch Charakterstärke und Mut."

Dagegen tobt er über die seinen politischen Freund Hildebrand ausschließende Mehrheit des Parteitages wie folgt:

„Schmähliches Ketzergericht, Masse der Kenntnislosen, Starrheit des Dogmas, die Phrase triumphierte über den Geist, Unbildung, Stunde der Schande, Fanatismus, Taumel, Dummheit, blinder Massenintinkt, Bannfluch, geknechtete Ueberzeugung usw. usw."

Man sieht, die Liberalen wissen sehr wohl, was ihnen nützt und was ihnen schadet.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 23. September 1912.

Der Säbel gegen Straßendemonstrationen.

Der Berliner Polizeigewaltige v. Jagow macht Schule. Jetzt erläßt der Stadtrat und das Polizeiamt zu Plauen eine Bekanntmachung, wonach vor Zusammenrottungen (!) und anderen Demonstrationen gewarnt wird. Alle diejenigen, welche, sei es auch aus bloßer Neugier, daran teilnehmen, setzen sich schwerer gerichtlicher Bestrafung aus. Bei einer Wiederholung der Zusammenrottungen (!) soll die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit mit Nachdruck und Entschlossenheit betrieben werden.

Nach dieser Ankündigung soll wahrscheinlich der scharfgeschliffene Säbel hauen und der Revolver knallen. Das wäre eine würdige Krönung des geplanten Wahlrechtsraubs.

Die Nationalliberalen versuchen, auch in Süddeutschland gegen die Straßendemonstrationen scharf zu machen. Im Stuttgarter Gemeinderat stellten die nationalliberalen Stadtvertreter die Anfrage: „Welche Maßnahmen gedenkt die Stadtverwaltung zu ergreifen, um eine Wiederholung einer Straßendemonstration, wie sie am Sonntag auf dem Schloßplatze stattgefunden hat, zu verhindern?" Der Oberbürgermeister Lautenschläger sprach sein Bedauern über den Vorfall aus. Er hoffe, daß derartige Demonstrationen, die „vollkommen nutzlos" seien, sich nicht wiederholen werden, so daß die Polizei in Zukunft keine Veranlassung habe, schärfer einzuschreiten. An die Anfrage schloß sich eine lebhafte Diskussion an, in der der Nationalliberale Wölz die Vorgänge vom Sonntag als den Beginn der Revolution bezeichnete. Von unsern Genossen wurde energisch das Recht auf die Straße für das Proletariat in Anspruch genommen und betont, daß es ganz richtig sei, wenn unser Parteiorgan, Die Tagwacht, eventuell noch schärfere Mittel in Aussicht gestellt habe.

„Niemals!"

Das Paktieren der Konservativen mit uns.

Der berüchtigte Bund der Landwirte gebärdet sich wieder einmal als „einzig zuverlässig königstreu". Die Deutsche Tageszeitung meldet in auffälligem Druck an der Spitze ihres politischen Teils, daß der Vorstand des Bundes der Landwirte die beiden Bundesmitglieder Kirsten und Krieger, die nach Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion im Landtage von Schwarzburg-Rudolstadt einen Sozialdemokraten zum ersten Landtagspräsidenten mitgewählt haben, aus dem Bunde der Landwirte ausgeschlossen hat.

Zugleich bringt das Bündlerorgan einen geschwollenen Leitartikel, in dem mit schärfsten Ausdrücken betont wird, daß ein königstreuer Bündler niemals mit der umstürzlerischen Sozialdemokratie paktieren dürfe — „niemals!" Das ist im Hinblick darauf, daß konservative Führer wiederholt um sozialdemokratische Hilfe bettelten, recht ergötzlich. Besonders heiter aber wirkt es, wenn man sich erinnert, daß bei Gründung des Bundes der Landwirte Herr Ruprecht v. Kansern drohte: wenn man unser Schreien am Thron nicht hört, so werden wir unter die Sozialdemokratie gehen.

Uebrigens beschäftigt sich die Konservative Korrespondenz vom 20. September in einem langen Artikel mit den Ausführungen des Genossen Scheidemann in seinem Referat über die Stichwahltaktik, in der er gerade die konservativen Antiberungsversuche beleuchtete. Die Konservative Korrespondenz muß die von Scheidemann aufgestellten Behauptungen als richtig anerkennen. Nur redet sie sich darauf hinaus, daß im Kreise Arnswalde-Friedeberg der Unterhändler ein „früherer Antisemit" gewesen sei, der „ungerufen" gehandelt habe, und daß man Dr. Dade, der im Kreise Parchim-Ludwigslust die Stichwahlhilfe der Sozialdemokratie nachsuchte, von der konservativen Partei „abgeschüttelt" habe. Im übrigen macht die K. K. eine Menge Redensarten, um den Eindruck dieser konservativen Bittgänge zur Sozialdemokratie nach Möglichkeit abzuschwächen. Die Spitze dieser Ausführungen richtet sich mehr gegen die Liberalen, die sich selbstverständlich nicht entgehen lassen Scheidemanns Darlegungen zur Beleuch-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120924-10/fragment/page=0001

kung der konservativen Entrüstung über das sozialdemokratisch-liberale Stichwahlbündnis ihnen unter die Nase zu reiben.

Es sind doch biedere Leute, unsere unentwegt „Königstreuen".

Der Gegner des Massenmordes wird gemaßregelt!

Der Hamburger Volksschullehrer Wilh. Lamszus hat vor kurzem im Verlag von Alfred Janssen in Hamburg ein Buch unter dem Titel: Das Menschenschlachthaus erscheinen lassen. Das Buch, das inzwischen auch in der Neuen Zeit besprochen worden ist, behandelt die Schrecknisse eines künftigen Krieges. Es ist künstlerisch gestaltet und von eindringlicher Wucht. Nachdem es schon in mehr als 12 000 Exemplaren verbreitet und auch im Hamburger Echo abgedruckt ist, fällt es jetzt der Hamburger Behörde ein, gegen den Autor im Disziplinarwege vorzugehen. Der Lehrer Lamszus ist vorläufig seines Amtes entsetzt worden. Die Verfolgung, die man gegen ihn in Szene gesetzt hat, wird dem verdienstvollen Werke nur zu um so größerer Verbreitung verhelfen. Aber diese brutale Maßregelung ist ein Musterbeispiel für den herrschenden Kurs. Wer an der Herrlichkeit des Militarismus und am göttlichen Kriege auch nur im geringsten zweifelt, wird rüchsichtslos aus dem Amte gejagt.

Die Teuerung.

Ausnutzung der Teuerung.

Die durch die Landwirtschaftskammer in Stettin und durch den pommerschen Viehverwertungsverband vertretenen Landwirte der Provinz haben dem Magistrat der Stadt Stettin folgendes Angebot gemacht:

Die Landwirte sind bereit, wöchentlich 300 Schweine zum Durchschnittspreise von 68 Mk. pro Zentner Schlachtgewicht (was einem Preise von etwa 47 Mk. pro Zentner Lebendgewicht entspricht) zu liefern, unter der Bedingung, daß die Stadt sich verpflichtet, diesen Preis auf die Dauer von fünf Jahren für ein gleiches wöchentliches Quantum von 300 Schweinen zu gewährleisten.

Der Durchschnittspreis von 68 Mk. ist natürlich der Teuerungspreis. Man begreift daher, daß die Landwirte so großmütig sind, sich diesen Preis auf fünf Jahre hinaus sichern zu wollen.

Vorteile dänischer Fleischeinfuhr.

Aus Dresden wird gemeldet: Das dänische Rindfleisch findet so großen Absatz, daß es bereits die Viehpreise auf dem Schlachthofe gedrückt hat. Weitere dänische Fleischtransporte werden diese Woche eintreffen. Mehr als 150 Dresdner Fleischermeister haben sich zum Verkauf bereit erklärt.

Eine Mitteilung aus Duisburg besagt: Die Stadt bezieht jetzt Fleisch aus Dänemark, das jeden Mittwoch und Sonnabend durch hiesige Metzger verkauft wird. Die Preise schwanken zwischen 68 und 120 Pf.

Deutsches Reich.

— **Strafvollzugsgesetz.** Nach einer Meldung Berliner Blätter ist die Reichsregierung zurzeit mit den vorbereitenden Arbeiten für den Erlaß eines einheitlichen Strafvollzugsgesetzes beschäftigt. Immerhin werde der Erlaß eines Strafvollzuggeles aber noch geraume Zeit auf sich warten lassen, da noch „langwierige Verhandlungen" mit den einzelstaatlichen Finanzministern gepflogen werden müssen, ehe die Vereinheitlichung des Strafvollzugs durchgeführt werden könne.

— **Bauarbeiterschutz.** Die von den beteiligten preußischen Ressortministern erlassenen „Grundzüge für Polizeiverordnungen, betreffend die Arbeiterfürsorge auf Bauten", haben eine kleine Ergänzung erfahren. Unter anderm soll in den Verordnungen künftighin bestimmt werden, daß die Unterkunftsräume zu erwärmen sind, sofern in der Zeit vom 1. November bis 1. April die Außentemperatur unter 10 Grad Celsius sinkt. Gleichzeitig hat der Minister der öffentlichen Arbeiten angeordnet, daß fortan bei Staatsbauten, und zwar sowohl bei solchen in eigener Regie als auch bei denen, die von Unternehmern ausgeführt werden, regelmäßig die geltenden Arbeiterschutzverordnungen auf der Baustelle auszuhängen sind. Es soll darauf hingewirkt werden, daß die Gemeinden bezüglich ihrer Bauten eine gleiche Anordnung treffen.

— **Der Kultusminister gegen die Hurrajugend.** Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß das rheinische Provinzialschulkollegium in einer Verfügung an die ihm unterstellten Anstalten, sich gegen die Zuführung der höheren Schüler zum Jungdeutschlandbund erklärt habe. Die Verfügung scheint einer Weisung von „oben" zufolge ergangen zu sein; denn aus Frankfurt a. M. wird jetzt gemeldet, vor kurzem sei ein Erlaß des preußischen Kultusministers an die Schulleiter ergangen, in dem darauf hingewiesen worden ist, daß bei der Pfadfinderei und ähnlichen Spielarten des militärischen Sports mit Vorsicht vorzugehen und jede Uebertreibung zu vermeiden sei, da mehrere Fälle festgestellt wurden, in denen Schüler durch Ueberanstrengung gesundheitlich geschädigt worden sind.

Welches Geschrei würde erhoben werden, wenn in der Arbeiterjugendbewegung solche Tollheiten getrieben würden, die die Jugend offensichtlich schädigen müssen!

— **Mit dem bayerischen Jesuitenerlaß** soll sich der in den nächsten Tagen zusammentretende Justizausschuß des Bundesrats befassen, um die von Bayern gewünschte „authentische Interpretation" des Jesuitengesetzes zu schaffen. Als Material liegen dem Ausschuß vor: Die Denkschrift des Reichsjustizamts, die Eingabe der bayerischen Bischöfe (die vor einigen Tagen in die Hände der Bundesratsbevollmächtigten gelangt ist) und die soeben eingegangene Eingabe der preußischen Bischöfe um Aufhebung des Jesuitengesetzes, die sich mit geringen Abänderungen mit der bayerischen Eingabe decken soll. Der bayerische Ministerpräsident Frhr. v. Hertling wird zugegen sein — sodaß die Jesuiterei Triumphe feiern wird.

— **Eine freisinnige Internationale.** Gelegentlich der 17. Interparlamentarischen Konferenz in Genf fand eine Zusammenkunft freisinnig-demokratischer Politiker der verschiedenen Länder statt. Es wurde in der Besprechung für nützlich und wünschenswert bezeichnet, daß zwischen den freisinnig-demokratischen Parteien der verschiedenen Länder ein enger Zusammenschluß stattfinde, und dauernde Beziehungen angeknüpft werden. Man beschloß, einen in diesem Sinne gehaltenen Wunsch der freisinnig-demokratischen Parteileitungen der einzelnen Länder zu unterbreiten. Zu diesem Zwecke wurde unter Vorsitz von Gobat-Bern ein vorläufiger Ausschuß gebildet, dem für Deutschland Professor v. Liszt angehört.

Werden es die Herrschaften nun noch wagen, die Sozialdemokratie wegen ihrer Internationalität zu schmähen?

England.

Sasonow in London. Der russische Minister des Aeußern Sasonow ist in London eingetroffen, um mit dem englischen Minister des Aeußern Grey, über die beide Länder berührenden politischen Fragen zu konferieren. Namentlich dürfte über das Schicksal Persiens endgültig entschieden werden, und auch der türkisch-italienische Krieg, die Balkanwirren, Rußlands Absichten in der Mongolei und die Englands in Tibet usw. dürften Gegenstand der Erörterung sein.

Die Londoner Blätter veröffentlichen lange Artikel über den Besuch Sasonows, dem sie große Bedeutung beimessen. Sie beschäftigen sich hauptsächlich mit der Möglichkeit einer Revision des englisch-russischen Vertrages über Persien, die, wie die Times gestern behaupteten, wahrscheinlich das Ergebnis des Besuches sein werde. — Daily News schließt sich der Ansicht der Times an, daß das Abkommen insofern einer Revision unterzogen werden solle, als es Großbritannien in gleicher Weise freie Hand in Südpersien gäbe, wie sie Rußland im Norden habe. Das Blatt meint, die Liberalen müßten darauf bestehen, daß Rußland das Abkommen vollständig erfülle und seine Truppen aus Persien zurückziehe, wenn es die Mitarbeit Englands wünsche. — Daily Chronicle schreibt, wenn auch Sir Edward Grey nicht geneigt sei, Englands Verantwortlichkeit in Persien zu vergrößern, so würden sich die Verhältnisse wohl doch als stärker erweisen. Die Unordnung in Persien sei so groß, daß eine entscheidende Aktion unternommen werden müsse, um einer vollständigen Anarchie vorzubeugen. — Daily Mail meint, es sei hohe Zeit, Maßnahmen zu ergreifen, um die Unsicherheit auf den Landstraßen im Süden Persiens zu beenden.

Sasonow wurde von den Mitgliedern der russischen Botschaft und dem ständigen Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts Sir Artur Nelson als Vertreter Sir Edward Greys empfangen. Als der russische Minister seinen Wagen verließ, stürzte ein Mann hervor und rief: „Hinaus aus Persien! Nieder mit Rußland!" Er wurde sofort festgenommen.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kampf der ungarischen Opposition dürfte in den Delegationen in Wien ihre Fortsetzung finden. Es erscheint nunmehr gewiß, daß die Hälfte der oppositionellen Abgeordneten sich nach Wien zu den Beratungen der Delegationen begeben wird, um deren Beratungen zu verhindern. Die Führer der Opposition werden sich an der Demonstration beteiligen. Die ungarische Regierung und die Majorität werden alles aufbieten, um auch bei den Beratungen der Delegation die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Der ungarische Ministerpräsident Lukacz soll reif für den Abgang sein. Aus informierter Quelle verlautet, daß er nach Ablauf der Delegationssession zurücktreten und sein Posten vom Grafen Zichy übernommen werden wird, der mit der Durchführung der Wahlreform beauftragt ist.

Türkei.

Das Gefecht bei Derna erweist sich nach türkischer Darstellung durchaus nicht als ein so „glänzender Sieg" der Italiener, wie man das in italienischen Zeitungen in überschwänglichen Worten lesen konnte. Das türkische Kriegsministerium veröffentlicht folgende Telegramme aus Benghasi über den Kampf am 17. d. Mts.: Die Turko-Araber griffen die zehn Kilometer östlich von Derna befindlichen Positionen an. Der Kampf dauerte fünfzehn Stunden. Die Turko-Araber besetzten zu Beginn des Kampfes die Positionen im italienischen Zentrum, die sie jedoch, nachdem die Italiener, die von dem Feuer der Kriegsschiffe unterstützt wurden und Verstärkungen erhalten hatten, wieder räumen mußten. Auf Seiten der Türken sind ein Leutnant und hundert Mann regulärer und Miliztruppen getötet und zwei Offiziere sowie etwa hundert Mann, darunter der Chef der Senussi, Said Hamid, verwundet worden. Die Türken erbeuteten 110 Gewehre und eine Menge Kriegsmaterial. Die Verluste der Italiener werden auf über zweihundert Tote geschätzt. — Im Flunkern scheinen demnach die Italiener den Türken noch immer über zu sein.

Der Tripoliskrieg wird fortgesetzt. Nach glaubwürdigen Meldungen hat die Pforte nach Ablehnung des letzten italienischen Vorschlages, der die Proklamation der Unabhängigkeit Libyens verlangte, einen Gegenvorschlag gemacht, der darauf hinausgeht, daß Libyen ein autonomes Regime unter italienischer Okkupation erhält. Darauf machten die italienischen Delegierten neuerlich einen Gegenvorschlag, wonach Italien die Anwesenheit eines einzigen ottomanischen Würdenträgers in Libyen zulassen wolle, der den Rang eines Paschas annehmen und sich nur mit den Angelegenheiten des Verkaufs und dem Dienste der öffentlichen Schuld befassen solle. Nach langer Debatte sprach sich die Mehrheit der Minister für Ablehnung des Vorschlages und für die Fortsetzung des Krieges aus.

Die Kreter auf Samos. 350 Kreter, darunter einige Offiziere, sind in Marathon Campos auf Samos ganz unerwartet gelandet und marschieren gegen Karlovasi und Vathy, um zum Aufstand zu schüren. Die türkische Besatzung hat sich in Vathy, wo ein Zusammenstoß wahrscheinlich ist, verschanzt. Die französische Regierung hat sich entschlossen, den Panzerkreuzer Bruix, der augenblicklich in Kanea ist, nach Samos zu entsenden. Es wird erwartet, daß England diesem Beispiel folgt.

Marokko.

Die Lage in Marrakesch soll nach einer Darstellung des Generals Lautey für die Franzosen erheblich günstiger geworden sein. Die Stämme im Süden des Landes hätten sich schnell unterworfen, dagegen sei es im Um-Rebbia-Gebiet zu neuerlichen Zusammenstößen mit den Eingeborenen gekommen. Die Verbindungen mit Marrakesch konnten wieder hergestellt werden. Der Prätendent El Hiba habe Tarudant verlassen und sich in südlicher Richtung geflüchtet. 40 Kilometer südlich von Marrakesch fanden ebenfalls Zusammenrottungen feindlicher Stämme statt, die sich für El Hiba ausgesprochen haben. Die aus der Gefangenschaft El Hibas befreiten Franzosen hielten sich noch in Marrakesch auf.

China.

Die Anleihe. Wie aus Petersburg gemeldet wird, lehnte der chinesische Finanzminister in kategorischer Weise die Anleihebedingungen der Sechsmächte-Gruppe ab. Die Gruppe verlangte unbedingte Sicherheit und die Oberkontrolle bei der jetzigen Anleihe, sowie das Vorrecht auf künftige Anleihen auf die Dauer von fünf Jahren.

Bismarcks Berufung.

1862 — 24. September — 1912.

I.

Als die Septemberwinde das tote Laub von den Bäumen zu fegen begannen und der Kalender den Herbst des Jahres 1862 anzeigte, ging Bismarcks Stern auf.

Ein Bändiger der preußischen Bourgeoisie, die in einem zähen Konflikt mit der Regierung lag, trat dieser Mann auf den Plan. Als das Jahr 1849 Deutschland aus einem Schlachtfeld der Revolution in einen Kirchhof der Freiheit verwandelt hatte, fand sich vorderhand die bürgerliche Klasse mit Gegenrevolution und Reaktion um so willfährger ab, als jetzt die sieben Jahre kapitalistischer Profitmacherei für sie anhuben. Die Entdeckung der kalifornischen und australischen Goldfelder in den Jahren 1848 und 1851 ließ die Pulse des internationalen Wirtschaftslebens schneller schlagen denn je und schuf mit ihren Folgeerscheinungen, Zufuhr von Edelmetall, Erschließung neuer Absatzgebiete und Vergrößerung des Weltverkehrs, erst einen eigentlichen Weltmarkt. Auf der ersten großen Industrieausstellung in London hielt 1852 die Bourgeoisie aller Länder eine stolze Heerschau ihrer Kräfte und Machtmittel ab. Auch Deutschland trieb in diesem Jahrzehnt mit vollen Segeln auf das hohe Meer des Großkapitalismus hinaus, die Reederei der Hansestädte belebte den Ozean mit immer neuen Schiffen, die Textilfabrikation Sachsens ließ Tausende von Rädern schnurren, die rheinische und westfälische Erde bedeckte sich mit einem Wald von Schloten und Essen, und Kohle und Eisen kündigten sich als die Herren auch der deutschen Zukunft an. Als Reservoire, aus denen die fieberhaft wachsende Industrie die flüssigen Geldmittel schöpfte, erstanden die Kredit-Hypothekenbanken nach dem Muster des Crédit mobilier, den die Brüder Pereire 1852 in Paris gegründet hatten. Auch die Bourgeoisie Preußens wälzte sich behaglich in dem Schlamm der allgemeinen Geldmacherei und schien es über der Anbetung des Goldes ganz vergessen zu haben, daß vor noch nicht langem Gold mit den beiden anderen Farben Schwarz und Rot eine revolutionäre Dreieinheit, auf mancher Barrikade wehend, gebildet hatte.

Aber je mehr das Bürgertum seine wirtschaftlichen Muskeln prall werden fühlte, desto unerträglicher mußten ihm die Schranken sein, die allerorts Absolutismus, Junkertum und Bureaukratie seiner freien Entwicklung gegenüberstellten. Es bedurfte nur eines Anstoßes von außen, um die Generation, die ein volles Jahrzehnt in ihrem Hauptbuch Zahlen auf Zahlen gehäuft hatte, wieder zum kleinen Katechismus der politischen Ideale greifen zu lassen. Schon der Krimkrieg hatte die Ideale aufgerüttelt: der Hort aller Reaktion, der russische Zarismus, war von den Westmächten Frankreich und England, von denen jede in ihrer Art als ein Herd der Freiheit galt, in die Knie gezwungen worden. Aber vollends entzündeten sich die Köpfe mit heftigem Für und Wider an dem italienischen Krieg des Jahres 1859: ein Volk, das nach Freiheit und Einheit strebte gleich dem deutschen, stand hier im Feuer gegen den Staat Metternichs, der nicht minder wie Rußland allen eine Wiege jeglicher Unfreiheit und Knechtschaft war. Die deutsche Flagge trat durch diesen italienischen Feldzug wieder in der Vordergrund des öffentlichen Interesses. Zum erstenmal seit der Niederhüttelung von 1849 strich etwas wie ein freier politischer Luftzug durch die Gemarkung Deutschlands und jählings elektrisierte sich der politische Sinn der deutschen Mittelklasse, der ein Jahrzehnt tot und abgestorben war, und in der Gründung des Nationalvereins, wie in dem unbändigen Rausch der Turner-, Sänger- und Schützenfeste entlud sich ihr Verlangen nach einer nationalen Einheit — nach einem nationalen Markt, den sie brauchte, bevor sie an die Eroberung des Weltmarkts denken konnte.

Die sogenannte Neue Aera in Preußen war nur ein Kapitel in diesem allgemeinen Begeisterungstaumel der deutschen Bourgoisie. Preußens Bürgertum, all die Jahre hindurch gepufft und geknufft von einer boshaft heimtückischen Reaktion, in drei Manteuffels Namen von den Junkern mit dem Stiefelabsatz behandelt, ein Spielball in den Händen bald der feudalen Kamarilla, bald der absolutistischen Bureaukratie, atmete tief und befreit auf, als der königliche Sachwalter dieser Reaktion in die dichten Nebel des Irrsinns hineintappte und als sein Bruder Wilhelm 1858 die Regentschaft übernahm. Aber auch von dieser Bourgeoisie galt das furchtbare Wort, daß sie nichts gelernt und nichts vergessen hatte. Jede Erinnerung an 1848-49 schien in ihrem Hirn ausgelöscht. Nichts mehr davon, daß dieser Prinz im Barrikadenmärz als simpler Herr Lehmann vor einem geretzten Volkssorn hatte fliehen müssen, nichts mehr davon, daß er nach seiner Rückkehr für diese Flucht auf den badischen Schlachtfeldern grausame Rache genommen hatte und mit dem Blut gestandrechtelter Revolutionäre auf den Namen des Kartätschenprinzen getauft worden war — jetzt erschien derselbe Mann, weil er dem Junkertum und ihm das Junkertum nicht in allem genehm war, als der ersehnte Messias des Liberalismus. Dabei war er um kein Haar weniger von der Idee des Gottesgnadentums angekränkelt als sein Bruder. Menschlich war er gewiß von anderer Art, hausbacken, wo jener genialisch war, geist- und witzlos, wo jener gesprüht hatte, ein Gamaschenknopf, wo jenem schlecht verhehlte Abneigung gegen alles Militärische im Blut saß, im ganzen das Urbild eines braven altpreußischen Stabsoffiziers, der eigener, zumal politischer Gedanken, gänzlich unfähig war und dem der Drill und Kleinkram seines Bataillons die Welt bedeutete. Aber daß er sein Amt von Gott unmittelbar erhalten, das stand bei ihm unverbrüchlich fest. Daß er als Flüchtling sich an Englands Herd die Knie gewärmt, galt den preußischen Liberalen als Unterpfand seiner liberalen Gesinnung, aber just der englische Botschafter am Berliner Hofe Lord Clarendon, entwarf in einem Schreiben an die Königin Viktoria vom 5. November 1861 folgendes anziehende Bild von diesem Herrscher: „Der König sieht in jedem Körnchen Widerstand gegen seinen Willen Demokratie und Revolution. Seine Minister sind reine Bureaugehilfen, die sich damit begnügen, die Verordnung des Königs niederzuschreiben. Der König wird stets fromm sein Wort halten und niemals die Institutionen, deren Aufrechterhaltung er beschworen hat, beseitigen, sie sind ihm aber so greulich und stehen so im Widerspruch mit seinen Gewohnheiten und Ansichten und eingewurzelten Anschauungen über die Rechte der Krone, daß Seine Majestät niemals — wenn er es vermeiden kann — die Folgeerscheinung einer Volksvertretungsregierung annehmen oder überhaupt zugeben wird, daß sie eine solche sei."

Das war nach dem Tode seines Bruders, nachdem er sich in Königsberg unter feierlicher Zeremonie und drohender Gottesgnadenrede die Krone aufs Haupt gesetzt hatte und nachdem längst die Saat des Mißtrauens zwischen ihm und den Liberalen ausgesät war. Aber als er die Regentschaft übernahm, kamen sie ihm mit einem Vertrauen sondergleichen entgegen. Es machte sie nicht stutzig, daß in dem von ihm berufenen neuen Ministerium Hohenzollern zwei Männer saßen, die zu den bösartigsten Reaktionären der fünfziger Jahre gehörten: der Elberfelder Mucker v. d. Heydt, der die Menschgewordene Willkür war, und sein Schwager Simons, der als Justizminister aus dem Richterstand den letzten Rest selbständiger Gesinnung herausdrangsaliert hatte. Die Liberalen gingen vielmehr so weit in ihrem Vertrauensdusel, daß sie bei den Kammerwahlen von 1858, den ersten, an denen sie sich wieder beteiligten, erprobte Kämpfer des Revolutionsjahres nicht in das Parlament entsandten, um der Regierung nicht mißliebig zu werden. Auch stellten sie alle „weitgehenden Forderungen", wie die des gleichen Wahlrechts, unter Kratzfüßen zurück, und es waren alles in allem lendenlahme Gestalten ohne Saft und Kraft, ohne Mut und Mark, unfähig, die erwartungsvoll geöffnete Hand zur drohenden Faust zu ballen, die parlamentarisch die Neue Aera verkörperten und, mit dem gescheiten Kreuzzeitungs-Redakteur Hermann Wagener zu reden, sich „ohne es zu wissen und zu wollen, in der ersten Entwicklungsphase der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und des Bourgeoisieregiments befanden".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120924-10/fragment/page=0002

Chinesische Greueltaten in der Mongolei? Russische (!) Blätter melden: Der Mongolenfürst Udai habe Eilboten nach Charbin gesandt und Rußland um Hilfe gegen die Chinesen gebeten. Sie hätten den Angaben nach 5000 wehrlose Frauen und Kinder hingemordet (!) ein Mongolenkloster verbrannt und „fein" Fürstentum (!) mit Feuer und Schwert verwüstet. Der Fürst ließ erklären, daß, wenn Rußland sich fortgesetzt neutral (!) verhalte, es seinen ganzen Einfluß auf die Mongolei verlieren würde.

Die von dem Mongolenfürsten bei Rußland „nachgesuchte Hilfe" sieht ganz aus wie — bestellte Arbeit! Väterchens Regierung braucht einen passenden Vorwand, um seinen Beutepläne in der Mandschurei einen Schein von „Recht" zu geben.

Kleine politische Auslandsnachrichten.

Der 19. Internationale Friedenskongreß, zu dem 400 Teilnehmer erschienen sind, hat in Genf (Schweiz) begonnen.

Die Aufständischen in Nicaragua nahmen San Jargo am Nicaraguasee ein, wurden aber nach fünfstündigem Kampfe wieder vertrieben. Beide Parteien hatten große Verluste.

Der mexikanische Revolutionsgeneral Orozko ist mit einigen Anhängern am 15. d. M. in Marena in Texas wegen Verletzung der Neutralität verhaftet worden.

Aus der Partei.

Beleidigung durch Gänsefüßchen.

In einem Bericht über einen Beleidigungsprozeß hatte die Schlesische Bergwacht gesagt, daß außer Amtsrichter Gernholz zufällig zwei Amtsvorsteher das Gericht gebildet hätten. Das Wort „zufällig" war dabei in Gänsefüßchen gesetzt worden. Der Vorsitzende des Schöffengerichts erhob deshalb Klage wegen Beleidigung. Das Schöffengericht Waldenburg erblickte in den Gänsefüßchen eine Beleidigung und verurteilte den verantwortlichen Redakteur, Genossen Luscher, zu 150 Mk. Geldstrafe oder 15 Tagen Gefängnis.

Staatsgefährlicher Nelkenverkauf.

Im Juli d. J. erschienen in Hemelingen bei Bremen in der Wohnung eines Parteigenossen zwei preußische Gendarmen und der Kreis-Sekretär und forderten von ihm das Geld, daß er beim Nelkenverkauf auf dem Hemelinger Gewerkschaftsfeste vereinnahmt hatte. Unser Genosse gab auch 76 M. heraus, als man ihm mit der Verhaftung drohte. Das war das Geld, mit dem noch Rechnungen zu begleichen waren. Den Ueberschuß vom Nelkenverkauf hatte der Verkäufer bereits an den Wahlfonds abgeführt. Auf den Protest gegen die ungesetzliche Konfiskation des Geldes — den Blumenverkauf hatte der Landrat in Achim genehmigt — erhielt unser Genosse einen Strafbefehl in Höhe von 25 M., weil er ohne polizeiliche Erlaubnis „eine Sammlung" von Geld veranstaltet hatte. Eine gleich hohe Strafe beantragte der Staatsanwalt am Donnerstag vor dem Schöffengericht in Achim, bei dem der Angeschuldigte gerichtliche Entscheidung beantragt hatte. Das Gericht konnte sich aber nicht davon überzeugen, daß ein Blumenverkauf und eine Geldsammlung, die nach dem Hannoverschen Gesetz von 1847 der polizeilichen Genehmigung bedarf, gleichbedeutend seien. Das Urteil lautete daher auf Freisprechung.

Gewerkschaftliches.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Der Wahlkampf für die Privatangestelltenversicherung wurde in Berlin am 20. September mit einer Riesenversammlung eröffnet, die von der Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten nach den Germaniasälen einberufen war. Wegen Ueberfüllung des Saales wurde sofort eine zweite Versammlung in einem benachbarten Lokal angesetzt, die ebenfalls binnen kurzem total überfüllt war. Die gegnerischen Verbände, an der Spitze der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, hatten die Parole ausgegeben, bereits um 7 Uhr den Saal zu besetzen, was jedoch durch die Aufmerksamkeit der Freien Vereinigung verhindert wurde. Es sprachen unter stürmischem Beifall Meyer vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Drews vom Werkmeisterverband für das Buchbindergewerbe. An der Diskussion beteiligten sich Vertreter des Deutschen Techniker-Verbandes, des Vereins für Handlungskommis von 1858, des Vereins der Deutschen Kaufleute, des Leipziger Verbandes, des Kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte und des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Die Reden wurden oft von minutenlangen Widerspruchskundgebungen unterbrochen. Als dem Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes durch Abstimmung der Versammlung das Wort wegen fortwährender Provokation der Versammlung entzogen wurde, verließ ein Teil der Hauptausschußanhänger das Versammlungslokal, ohne jedoch bei der riesigen Besucherzahl eine Lücke zu hinterlassen. Am Schluß der Versammlung wurde nach einem Schlußwort des ersten Referenten folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die am 20. September in den Germaniasälen versammelten Privatangestellten Groß-Berlins haben nach der Art und Weise, wie der Hauptausschuß für die staatliche Pensionsversicherung der Privatangestellten beim Kampf um die sozialen Versicherungsgesetze die Interessen der Privatangestellten preisgegeben hat, zu seinen Kandidaten nicht das Vertrauen, daß sie in die Verwaltungs- und Spruchorgane der Angestelltenversicherung Männer entsenden werden, die, mit genügendem sozialen Verständnis ausgerüstet, das nötige Rückgrat besitzen, um bei der Handhabung des Versicherungsgesetzes kraftvoll für die Interessen der Versicherten einzutreten. — Sie sind davon überzeugt, daß der von der Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten vorgeschlagene Weg zur Herbeiführung einer staatlichen Pensionsversicherung der Privatbeamten die Interessen der Angestellten viel besser gewahrt hätte, als das vom Hauptausschuß angestrebte Sondergesetz. Demgemäß haben sie auch zu den Kandidaten der Freien Vereinigung das Vertrauen, daß sie für eine gerechte Anwendung und einen großzügigen Ausbau des Angestellten-Versicherungsgesetzes eintreten werden. Sie empfehlen deshalb allen Berufskollegen und -Kolleginnen, bei den Wahlen der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung für die Liste der Freien Vereinigung zu stimmen."

Lohnbewegungen in der Brau- und Mühlenindustrie.

Nach fast endlosen Korrespondenzen und Verhandlungen konnte der Verband der Brauereis- und Mühlenarbeiter mit den beiden Brauereien in Celle und den Niederlagen der dort vertretenen auswärtigen Brauereien einen neuen Tarifvertrag für die Dauer von vier Jahren vereinbaren.

Die Arbeitszeit wird für vier Monate täglich um ½ Stunde, für zwei Monate um eine Stunde verkürzt. Während der Tarifdauer erhöhen sich die Wochenlöhne um 1,50—2,50 Mk., für einige Mann um 3,00 Mk. Für Nachtarbeit werden 1,00 Mk. Zulage bezahlt. Erhöht werden noch die Entlohnung für Ueberstunden und Sonntagsarbeiten um 5—10 Pf. pro Stunde, für einige Touren die Spesen um 50 Pfg. und für die Dosjour an Sonntagen um 50 Pfg. bis 1,00 Mark. Neuerdings ist noch, daß das Bierausfahren an Sonntagen im Winterhalbjahr gänzlich unterbleibt.

Ein weiterer Tarifabschluß erfolgte mit der Brauerei Zimmermann-Doberan i. M., wo es vor vier Jahren zum Streik kam. Gegenüber dem bisherigen Tarif wurde die Arbeitszeit im Sommerhalbjahr um ½ Stunde, im Winterhalbjahr um ¾ Stunde täglich verkürzt. Außer der durch Verlängerung des bisherigen Tarifes bereits erfolgten Lohnerhöhung von 2,00 Mk. werden sofort 1,00—3,00 Mk. und im nächsten Jahre eine weitere Mark Zulage gewährt. Ueberstunden und Sonntagsarbeiten wurden um 5—10 Pfg. erhöht und ein Urlaub von 2—4 Tagen vereinbart.

Mit den beiden Lüneburger Mühlen wurde eine Vereinbarung getroffen, wodurch die tägliche Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt wurde. Die Löhne wurden die Woche um 50 Pfg. bis 1,00 Mk., die Sätze für Sonntagsarbeiten und Ueberstunden um je 5 Pfg. die Stunde erhöht. Die Organisation der Arbeiter wird anerkannt.

Die Zigarettenfabrik Nestor Gianaclis in Frankfurt a. M. ist von den Arbeiter-Organisationen boykottiert worden. Recht sonderbare Praktiken der Firma haben die Arbeiter gezwungen, in einen Abwehrkampf einzutreten. Trotzdem nach § 124 der Gewerbeordnung Akkordarbeiter (und das sind die Zigarettenarbeiter) ausreichende Beschäftigung beanspruchen können, legte die Firma eine neue Arbeitsordnung zur Unterschrift vor, nach welcher die Arbeiter mit jedem ihnen gestellten Pensum zufrieden sein sollten, auch wenn es nur für einige Wochentage Beschäftigung reichte. Darauf konnten die Arbeiter nicht eingehen, weil erstens der Verdienst auf ein Minimum herabgedrückt werden konnte, zumal wenn man immer neue Arbeiter einstellt, ohne entsprechende Zunahme des Absatzes; dann aber hätte die Firma es in der Hand, mit dieser Arbeitsordnung jederzeit mißliebige Arbeiter zu maßregeln, indem sie das Pensum soweit herabdrückt, daß diese davonlaufen müssen.

Da die Arbeiter die Arbeitsordnung zu unterschreiben sich weigerten, wurden sie einfach ausgesperrt. Der Tabakarbeiterverband hat die Sache zu der seinigen gemacht und das Frankfurter Gewerkschaftskartell hat unter Zustimmung der zuständigen Instanzen gegen die rigorose Firma den Boykott beschlossen. Hinzugefügt sei noch, daß sich die Zigarettenarbeiter des Betriebes dieser Firma in Kairo solidarisch erklärt haben.

Deutscher Transportarbeiterverband,
Zahlstelle Frankfurt a. M.

Aus der Provinz.

Ein Erfolg organisierter Knappschaftsältester.

Vor einigen Monaten brachten wir einen Artikel über die Zustände im Halberstädter Knappschaftsbezirk. Darin wurde darauf hingewiesen, daß in der Generalversammlung am 11. Juni d. J. der Antrag auf Abänderung der Satzung, der von einem Teile der Aeltesten gestellt worden war, trotz der Unterstützung von einem Drittel der Stimmen, nicht zur Beratung und Abstimmung gestellt wurde. Die organisierten Aeltesten hatten dieses Verfahren, das mit der Satzung nicht in Einklang zu bringen ist, durch Beschwerde beim Oberbergamt in Halle angefochten. Das Oberbergamt verteidigte das Verfahren des Knappschaftsvorstandes und wies die Beschwerde ab. Da dieser Bescheid die Verbandsältesten nicht befriedigen konnte, legten sie Rekursbeschwerde beim Minister ein. Auf diese Beschwerde ist dem Beschwerdeführer jetzt folgendes Schreiben des Halberstädter Knappschaftsvorstandes zugegangen:

„Seitens des Königlichen Oberbergamts ist uns Ihre an den Herrn Minister eingereichte Beschwerde vom 28. Juli dieses Jahres, in der Sie die Beratung und Beschlußfassung über die von Ihnen in der Generalversammlung am 11. Juni dieses Jahres übergebenen Anträge auf Abänderung der Satzung und Wahlordnung gestellt haben, zur Aeußerung übersandt worden. Wir weisen Sie nun darauf hin, daß wir Ihre Anträge bereits am 11. Juni d. J. in unsern Geschäftsgang genommen haben. Da die Ausführung des Versicherungsgesetzes für Angestellte in nächster Zeit, voraussichtlich schon im nächsten Monat, eine Aenderung unsrer Satzung erforderlich macht, werden dabei auch Ihre Anträge der nächsten Generalversammlung in unsrer Vorlage über die Satzungsänderung zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet werden. Ihre Beschwerde an den Herrn Minister wird mithin gegenstandslos."

Die Knappschaftsmitglieder ersehen daraus, daß es notwendig ist, nur organisierte Aelteste zu wählen, da nur diese imstande sind, die Rechte der Knappschaftsmitglieder wahrzunehmen.

Merseburg. Parteiversammlung. In der letzten Parteiversammlung erstattete Genosse Julich einen Bericht über die Tätigkeit der Stadtverordneten. In großen Zügen schilderte er die verschiedenen geplanten und auch schon in Angriff genommenen Bauprojekte der Stadt und wies nach, wie man in mancher Beziehung Gelder verbrauchte, die für das Wohl der Stadt viel besser angewendet werden könnten. Ueber den ausführlichen Bericht entstand eine Debatte, in deren Verlauf hauptsächlich der Mangel eines Schlachthofes und die Schwierigkeiten, welche von der Regierung bei Abbruch alter Gebäude bereitet werden, eine Rolle spielten. Mit Recht wurde erwähnt, daß man, statt gerade Straßen zu schaffen, in Merseburg krumme Straßen aus geraden macht und alle notwendigen sozialen Fortschritte durch die Geldknappheit im Stadtsäckel aufgehalten werden. Auf eine Steuererhöhung um 15 bis 20 Proz. könne man sich schon gefaßt machen. Auch die traurige Häderangelegenheit kam zur Sprache; kurz und gut, es zeigte sich wieder einmal, wie wenig in unserer Stadt in bezug auf Volksgesundheit und Wohlfahrt getan wird. Lieber 10 000 Mk. für einen Fürstenempfang als 8000 Mk. für eine Badegelegenheit. Das ist der Standpunkt unserer bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit. Eine rege Diskussion brachte auch die Maiseifernfondsabrechnung, indem sich ein Genosse weigerte, den Tagesverdienst abzuführen und seine Stellungnahme eingehend klarlegt. Des weiteren wurde auf eine rege Zeitungsagitation jetzt beim Quartalswechsel aufmerksam gemacht und über die Verbreitung der Volkskalender einige Vorschläge gemacht, die jedoch nicht akzeptabel waren.

Nebra. Selbstmord oder Verbrechen? Am Jahrmarktsmontage, den 9. September, kam von Memleben der Schmiedemeister Julius Hildenhagen nach hier. Seit dieser Zeit war er verschwunden, ohne daß die Angehörigen eine Spur von ihm entdecken konnten. Da er aber einen erheblichen Geldbetrag bei sich geführt haben sollte, wurde das Gerücht laut, daß ein Verbrechen vorliegen könnte, um so mehr, da er an jenem Abend verzagt gewesen war und Selbstmordgedanken nie hatte. Das rätselhafte Verschwinden des H. fand aber am Sonnabend seine Aufklärung; Schiffer fanden zwischen Nebra und Wetzendorf die Leiche Hildenhagens am Ufer der Unstrut. Im Beisein des Gendarmens und der Ortsbehörde, sowie des Bruders von H. wurde festgestellt, daß der Tote eine Verletzung an der Stirn zeigte, die von einem Schlage herrühren könnte, aber auch von einem Wehr in der Unstrut. Da aber der gesamte Geldbetrag mit dem Portemonnaie fehlte, wurde die Leiche einstweilen von der Behörde nicht freigegeben, sondern zur Aufklärung des eigentümlichen Todesfalls vorläufig beschlagnahmt.

Ahlsdorf. Ein Unglücksfall, der leicht den Tod eines Menschen herbeiführen konnte, ereignete sich am Freitag nachmittag auf der Chaussee von Rotenschirmbach. Ein Arbeiter, der ein Pferd des Kaufmanns Reiche aus Eisleben wegbringen sollte, wurde von dem bösartigen Tiere überfallen und so zugerichtet, daß er blutüberströmt im Chausseegraben liegen blieb. Arbeiter nahmen sich des bedauernswerten Menschen an und telephonierten nach Eisleben, von wo ihm ärztliche Hilfe zuteil wurde.

Groß-Möhlau. Einbruchsdiebstahl. Am vergangenen Donnerstag wurde bei dem Ortsrichter Krause ein dreister Diebstahl verübt. Die Diebe erbrachen mit einem Stemmeisen einen Schrank und entwendeten 1000 Mark. Bis jetzt hat man keinen Anhaltspunkt, wer als Täter in Frage kommt.

Wittenberg. Bezirksversammlung der Arbeiter-Radfahrer. Am 15. September hielt hier der Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, Gau 17, Bezirk 10, seine Bezirksversammlung ab. Vertreten waren die Orte Jessen, Trebitz, Pretzsch, Schmiedeberg, Wittenberg, Kl.-Wittenberg und Zahna, nicht vertreten Kemberg, Seyda und Premsendorf. Genosse Bandermann erstattete in einem 1¼ stündigen Referat den Bericht vom Bundestag in Dresden. Besonders behandelte Redner die Beschlüsse, welche der Bundestag in bezug auf unsere Jugend sowie die Kartellierung gefaßt hat. In seinen weiteren Ausführungen ging er auf die Baufondsmarke ein und führte den Mitgliedern vor Augen, daß diejenigen Mitglieder, welche bis zum 1. Oktober 1912 die Baufondsmarke nicht bezahlt haben, ihre Rechte bis zum 1. Januar 1913 verloren gehen. Ferner empfiehlt er den Mitgliedern, der Sparkasse besondere Beachtung zu schenken. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Bezirksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten und den Beschlüssen des Bundestages einverstanden und beschließt, daß die Mitglieder auf die Zurückzahlung der Baufondsmarke verzichten und überweist das Geld als Eigentum dem Bunde. Der Bezirksleiter Ziegler gibt sodann einen Ueberblick über die im Bezirk bestehenden Verkaufsstellen und wünschte, daß nur eine Verkaufsstelle im Bezirk eingerichtet werde, welche dem Genossen Noming in Piesteritz übertragen werden solle. Der Gauleiter ging nochmals in längeren Ausführungen auf den weiteren Ausbau des Fahrradhauses ein, gibt den Mitgliedern die Vorteile bekannt und forderte, dahin zu wirken, daß die Waren nur von der Verkaufsstelle bezogen werden, und daß nicht noch unsere Gegner unterstützt werden, wie es verschiedentlich vorgekommen ist. In der Diskussion sprachen sich die Mitglieder in demselben Sinne aus und stimmten dem Antrage Ziegler einmütig zu. Sodann schilderte Genosse Ziegler die Verhältnisse in Halle und das Verhalten von Kutzschbauch, John und Koch. Er spricht sich dahin aus, daß er sich niemals von Leuten führen ließ, welche nach seiner Meinung sonst wohin gehörten, aber nicht in die Organisation, da diese Leute nur danach streben, eine Zersplitterung und Stank in die Reihen der Mitglieder zu tragen. Einstimmig wurde folgende von Genossen Stefan eingebrachte Resolution angenommen. „Die Bezirksversammlung erklärt sich mit den Verhalten des Gau- und Bezirksleiters einverstanden und verurteilt das rigorose und schofle Verhalten der Sportsgenossen Kutzschbauch und Genossen auf das schärfste, hofft ebenfalls daß von zuständiger Stelle die nötigsten Schritte getan werden und kein Mittel gescheut wird, die Interessen des Bundes zu wahren."

Elsterwerda. Kartellsitzung. Zunächst wurde der Kassenbericht vom Bezirkssekretariat erlesen. Die Einnahme beträgt 4547,94 Mk., die Ausgabe 2736,36 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 1811,58 Mk. Angefragt wurde, ob das Elsterwerdaer Kartell Protestversammlungen wegen der Teuerung abhalten wollte, auch Vorträge über die nächstes Jahr in Kraft tretende Volksfürsorge. Das Kartell schließt sich diesem Wunsche an. Ein Flugblatt für die entlassenen Reserdisten wurde abgelehnt. Die Vorort-Kartelle von Magdeburg haben beschlossen, am 14. Dezember eine Kartellkonferenz abzuhalten mit der Tagesordnung: Geschäftsbericht der Sekretäre, Vortrag über die Volksfürsorge (Ref. v. Elm), Anstellung eines Sekretärs für Merseburg oder Sitzverlegung, Anträge. Es wurde beschlossen, dem Delegierten zu beauftragen, für Anstellung eines Sekretärs für Merseburg zu stimmen. Als Delegierter wurde der Genosse Köppe gewählt. Es waren noch verschiedene Lichtbildervorträge angepriesen, es wurde aber kein Gebrauch davon gemacht. Im Verschiedenem kam es zu einer kleinen Auseinandersetzung zwischen den Kollegen vom Porzellanarbeiterverband und den Fabrikarbeitern von der Steingut-Fabrik Biehla. Entschuldigt fehlten die Genossen Leidler und Freigang; unentschuldigt Altner, Bretschneider und Schemmel.

Zeitz. Vom Kampf gegen die Arbeiterturnvereine. Der Landrat von Zeitz und eine Reihe ihm „nachgeordneter" Amtsvorsteher sind vom Schöffengericht Zeitz in ihrem Kampfe gegen die Arbeiterturnvereine im Stiche gelassen worden. Die Zugehörigkeit der Turnvereine zum Arbeiterturnerbund genügte den Herren in jüngster Zeit, um die Vereine als politische ansehen zu können. Sie verlangten von den Vorständen derselben auf Grund des § 3 des Reichsvereinsgesetzes die Einreichung der Satzungen und das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder. Die Vereine kamen dem Verlangen durchweg nicht nach und wurden von den Amtsvorsteher mit Strafe belegt. Einzelne führten bei dem Landrat Beschwerde, richteten damit aber nichts aus. Die mit Strafmandaten bedachten Vorstände beantragten richterliche Entscheidung und das Schöffengericht hatte sich jetzt mit einem solchen Falle zu befassen. Angeklagt war der Vorsitzende des Arbeiterturnvereins Könderitz-Gyoldshain, der Genosse Hermann Franke. Er hatte vom Amtsvorsteher in Traupitz einen Strafbefehl von zwei Mark erhalten, weil er auf das Ansinnen, Satzungen usw. einzureichen, gar nicht geantwortet hat. In einer schriftlichen Eingabe bestritt er entschieden den politischen Charakter des Arbeiterturnerbundes und der Arbeiterturnvereine und damit seine Strafbarkeit. Auf seinen Antrag wurde als Zeuge der Vorsitzende des Arbeiterturnerbundes, K. Harnisch aus Leipzig, darüber vernommen, ob der Arbeiterturnerbund dem § 3 des Reichsvereinsgesetzes unterstellt sei. Harnisch legte dem Gerichte den wirklichen Charakter des Arbeiterturnerbundes klar und verwies auch auf ein in gleicher Sache auf Freisprechung lautendes landgerichtliches Urteil, welches er dem Gericht zur Einsicht vorlegte. Das Schöffengericht sprach den Genossen Franke kostenlos frei. Hoffentlich werden nunmehr die Arbeiterturnvereine von den Amtsvorstehern endlich in Ruhe gelassen.

Aus den Gerichtssälen.

Halle a. S., 23. September 1912.

Strafkammer.

Als angeblicher Großhändler schädigte der 32jährige, schon mehrfach vorbestrafte Kaufmann Max Sch. von hier in den Jahren 1911 und 1912 eine größere Anzahl hiesiger und auswärtiger Firmen, um Waren im Gesamtwerte von rund 1800 Mark. Er machte bei ihnen Bestellungen in Briefen und auf Postkarten, auf deren Aufdruck er sich als Großhändler, teils in Halle und Leipzig, teils in Chemnitz und Hilmersdorf, bezeichnete. In der Regel bestellte er erst kleinere Sendungen und bezahlte diese sofort, um dann größere Posten zu beziehen und unbezahlt zu lassen. Während seines Aufenthaltes in Halle war der angebliche Großhändler völlig mittellos, in Chemnitz betrieb er einen kleinen Hausierhandel. Nach umfangreicher Beweisaufnahme wurde Sch. wegen vollendeten und versuchten Rückfallbetruges in zwölf Fällen, zu einem Jahre sieben Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Eine recht erhebliche Strafe wegen Rückfalldiebstahls wurde gegen den 43jährigen Zimmermann G. von hier verhängt. Er entwendete aus dem städtischen Freibade fünf Bretter und wurde deshalb zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles Gottl. Kasparek, sämtl. in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191209 24-10/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Bütthgen.

Die „Saale-Zeitung" schreibt: „Haben Sie Haskel schon gesehen?

Wollen Sie recht herzlich lachen? Schauen Sie sich ihn an!

Haskels Schlager: **„Die Dallesprinzessin"!**

Hierzu das hervorragende Programm: Lisa Masini. Pichel & Scale. Robins. Kitty Sinclaris mit ihren 5 englischen Backfischen.

Anfang 8 Uhr. Tageskasse von 10—1½ und 4—6 Uhr.

Central-, Amerikan-, Germania-Theater

Leipzigerstr. 17. Kirchstr. 20. Reilstr. 133.

Fortsetzung **Eid des Stefan Huller** Fortsetzung

4 Akte. 4 Akte.

Durch Erhöhung der Filmpreise, Steuer und Lohntarif sehe ich mich genötigt, die Eintrittspreise zu erhöhen, und setze dieselben wie folgt fest:

Wochentags:		Sonntags:	
1. Platz	80 Pf.	1. Platz	80 Pf.
2. „	50 „	2. „	60 „
3. „	30 „	3. „	40 „

Bierfahrer u. Kellereiarbeiter.

Morgen, Dienstag den 23. September abends 8½ Uhr im „Englischen Hof"

.·. Versammlung .·.

Alle müssen erscheinen!

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

„Die Besten sind die Billigsten!"

Tischmesser.

Wir führen nur die besten Fabrikate wie:

J. A. Henkels und Ed. Wüsthof, Solingen.

Gute Essbestecke von 50 Pf. an.

C. F. Ritter, Halle a. S.,

Leipzigerstrasse 90.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Briketts

ab meinem Lagerplatz **Landsbergerstrasse 12** jetzt noch zum Sommerpreise

„Phönix", „H. W."	mit der Krone	70 Pfg. pro Ztr.
„Cecilie", „S. T. A."	. . .	65 Pfg. pro Ztr.
„Pluto"	. . . . .	55 Pfg. pro Ztr.

Handwagen leihweise zur Verfügung.

Klinkhardt & Schreiber Nachf.

Soeben erschienen:

Wahrer Jakob 1912

Nr. 20.

Preis 10 Pf.

Gleichheit

Nr. 26.

Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch alle Austräger und die

Volksbuchhandlung,

Harz 42/43.

Herzog v. Burgund Cigarette

Preislage 2-10 Pf.

UNION Gebrüder Liemann

Zu haben in Zigarrenhandlungen.

Allgemeiner Konsumverein, Halle u. Umgeg.

(e. G. m. b. H.)

Freitag den 27. September 1912 abends 8½ Uhr im „Volkspark", Burgstr. 27

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1911-12, Revisionsbericht des Aufsichtsrats, Bericht über die stattgefundene Revision durch den Verbandsrevisor, Genehmigung der Bilanz u. Entlastung des Vorstandes.
2. Abänderung des § 9 des Statuts.
3. Wahl von sieben Aufsichtsrats-Mitgliedern und zwei Ersatzmännern.
4. Bericht über den Verbandstag in Halle a. S. und den Genossenschaftstag in Berlin.

Aus dem Aufsichtsrate scheiden aus die Herren Hoffmann, Martin, Ellrich und Schöpe. Dieselben sind wieder wählbar.

Der Aufsichtsrat.

J. A.: **G. Mendorf. F. Hoffmann.**

Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

Die am 30. Juni cr. ausgeschiedenen Mitglieder werden, trotzdem sie noch im Besitze des Mitgliedsbuches sind, zurückgewiesen.

Pelikan-Caramel-Malzbier

schwer eingebraut aus bestem Malz und Hopfen, nachgesüsst mit ff. Raffinade.

Ueberall erhältlich!

Das beste

alkoholarme Getränk für Frauen, Kinder, Blutarme, Rekonvaleszenten, Wöchnerinnen, stillende Mütter.

Aerztlich empfohlen!

Sei kein Frosch

und behandle Dein Schuhzeug mit Dr. Gentner's Schuhcrême

„Nigrin"

Ohne Mühe eleganten Hochglanz.

Alleiniger Fabrikant auch des bekannten Metallputzmittel „Gentol".

Carl Gentner in Göppingen

Fabrik chemisch-technischer Produkte.

Gardinenspanner

leicht zu hantieren, von 14.— Mk. an.

C. F. Ritter,

Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Waschgefäße, dauerhaft, billigst.

Zander, Gr. Klausstraße 12.

Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

+ Frauen +

brauchen bei Störung, u. Unregelmäßigkeit, sowie Weißfluß nur **Dr. Scheidig's Salfnerol.** Garant. unschädlich. Pulver 4 Mk., Tropfen 6.50, 8—10 Mk., sowie sämtl. hygienische Bedarfsartikel billigst.

Fil.- Dep. **Dr. Conrad Scheidig,** Halle a. S., Graseweg 3a, p. I. Damenbedienung. Rückporto.

Räumfuhren werden angenommen. G. Weinholz, Harz 48.

Haben Sie

schon meine **Spitzkugeln** (Honigkuchen mit Schokolade überzogen) probiert? Ich möchte Sie gern als Kunden haben.

Carl Booch, Breitestrasse 1, Marktplatz, I. Turm und Leipzigerstrasse 61/62.

Nur 16 Mk.! Ober-, Unterbett u. Kissen, rot Inlett, zu verkaufen Albrechtstr. 16, I links.

Apollo-Theater.

Heute, Montag d. 23. Sept.: Gr. Entscheidungskampf.

de Souza, Neger-Champ., Afrika, gegen **Orlando,** gewandeln. Ring, der Welt.

Gern.: Ara gegen Samukoi, Rigler „ Heidt, Vence „ Löwe.

Vorher der gr. Spezialität.-Teil.

Stadt-Theater

in Halle a. S.

Direktion: Geh. Hofrat M. Richards.

Dienstag den 24. Sept. 1912

18. Abonnem.-Vorst. 2. Viertel.

Zum letzten Male:

Der Talisman.

Dramatisches Märchen in 4 Akten von Ludwig Fulda.

Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Mittwoch, den 25. Sept. 1912:

19. Abonnem.-Vorst. 3. Viertel.

Der Troubadour.

Oper in vier Akten von G. Verdi.

Geflügelscheren

zum Zerschneiden von Wild und Geflügel, sehr billig.

C. F. Ritter,

Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Damen-Schirm

a. d. Rietleb. Chaussee verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben Scharrenstraße 1.

Bekanntmachung.

1. In der Zeit vom 1. September 1912 bis 15. September 1912 sind nachstehende Gegenstände als gefunden hier abgegeben resp. angemeldet worden:

1 blauseidener Kleidergürtel, 1 Dackelhündin, 1 Strickzeug, 1 silberne Damenuhr mit Kette, 1 gelber Gehstock, 2 Schlüssel, 1 roter schwarz-weiß durchwirkter Handbeutel mit Schlüssel, 1 Zigarrentäschchen, 1 Gliederarmband, 1 Damenschirm mit Ueberzug, 1 lilaledernes Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Kinderklapper, 1 Zylinderuhr, 1 Schirm, 1 schwarze Schürze, 1 Pappkasten mit Kleid, 1 Bund mit drei Schlüsseln, 1 Damenschirm, 1 braunleb. Geldtäschchen mit Inhalt, 1 goldener Damenring, 1 braunleb. Geldtäschchen mit Inhalt, 6 Taschentücher, 1 Krücke, 1 Bund mit fünf Schlüsseln, 1 braunleb. Geldtäschchen, 1 Kinderjacke, 1 Paket mit Stoff und Futterzeug, 1 Regenschirm, 1 Damenregenschirm, 1 Geldtäschchen mit Inhalt, 1 lederne Handtasche mit Geldtäschchen und Inhalt, 1 samtenes Handtäschchen mit Inhalt, 1 Rucksack mit Inhalt, 1 Damenuhr, 1 Stehleiter, 1 Schachtel mit einem Pulver, 1 Kettenarmband, 1 Wandergewerbeschein für 1911 und 44 Postmarken.

2. In derselben Zeit sind als verloren hier angemeldet:

1 gold. Armband, 1 schwarze Handtasche mit Inhalt, 1 mattgoldene Halskette, 1 schwarzes Geldtäschchen mit 80 Mk. und Mitgliedskarte, 1 langer schwarzseidener Schal, 1 goldener Ring mit Wappen, 1 goldgefaßte Brosche mit drei Steinen, 1 Klemmer mit dunkler Einfassung, 1 schwarzes Handtäschchen mit Silberperlen, 1 Damenschirm, 1 schwarzseidener Strickbeutel, 1 Korallenarmband, 1 blaugraues Geldtäschchen mit 8 Mk., 1 dreieckiges Geldtäschchen mit 40 Mk., 1 grauleinener Geldbeutel mit 60 Mk., 1 blauseidener Damenschirm mit dunklem Griff, 1 silberne Damenuhr mit schwarzer Perlenkette, 1 Korsett, 1 Klemmer (Goldeinfassung) mit braunem Behälter, 1 längl. schmale Brosche mit hellblauem Saphir, 1 Regenschirm mit brauner Holzkrücke, 1 schwarzleb. Handtasche, 1 Korallenkette, 1 schwarzsamtene Handtasche, 1 Dienstbuch mit Invalidenkarte (Mitsching), 1 Hülle aus Seehundfell mit Spiegel, Haarbürste und Kamm, 1 schwarze Ledertasche mit Geldtäschchen und Schlüsselbund, 1 gold. Damenuhr mit Kette (Monogramm A. D. Nr. 161 264), 1 gold. Damenuhr mit silb. Kette (Monogramm M. O.), 1 leinener Ueberzug einer Lederhandtasche, 1 schwarzseidener Schirm (Monogramm M. G.) mit Holzkrücke, 1 gold. Brillanbring, 1 kleines braunledernes Geldtäschchen mit zirka 9 Mk., 1 gold. Brosche, 1 Paket mit gelbem Stoff, Perlsachen, Seide und Garn, 1 gold. rundes Anhängsel, 1 rotleb. Geldtäschchen mit 20 Mk. und kl. Schlüssel, 1 Wolfsspitzhund, 1 Trauring (geg. R. B. 1900), 1 Brustbeutel mit 10 Markschein und Verlobungsring (geg. L. W.), 1 kl. gestickte Kinderhandtasche mit Taschentuch, 1 schwarze Samttasche mit Taschentuch, Seifenlappen und Geldtäschchen, 1 Korallenkette, 1 goldene Damenuhr (hinten Emaille), 1 braunleb. Handtasche (drei Schlüssel, ein Geldtäschchen mit 2 Mk., Notizbuch), 1 goldene Brosche (Fächerform mit rotem Stein), 1 gold. Damenuhr mit silberner Kette, 1 schwarze Samttasche mit rotem Geldtäschchen und 25 Mk., 1 Schlüssel, 1 gold. Damenuhr mit gold. Kette (blauer Schieber), 1 silberne Brosche (Form Wort Lotte), 1 Perlhandtasche mit Geldtäschchen und Taschentuch (F. H.), 1 grauer Kinderumhang, 1 Regenschirm mit bunter Kante und weißem Griff, 1 silb. Herrenuhr mit Goldrand und Seidenkette, 1 Ring mit rotem Stein (geg. O. S. 16. 11. 09), 1 gold. Damenuhr mit Anhänger und Schieber, 1 Stahlbrille mit Hülle, 1 Kuvert mit Ansichtskarten aus der Schweiz, 1 gold. Gürtel, 1 Schlüsselbund mit ungefähr 10 Schlüsseln, 1 braunleb. Geldtäschchen mit 10.11 Mk., 1 Kragenknopf (Goldrand mit Perlmuttereinlage), 1 dunkelviolette Handtasche mit Geldtäschchen (60 Pf.), Schlüssel, Taschentuch, 1 silb. Handtasche mit 1 kl. silb. Geldtäschchen mit 30 Mk., 1 kleine silb. Zigarettendose, 1 Geldtäschchen mit 160 M. Gold und 10 Mk. Silber, 1 schwarzledernes Geldtäschchen mit 5 Mk., 1 braune Ledertasche mit 2 Schlüsseln und Taschentuch, 1 seidenes Ripsufrband mit gold. Beschlägen, 1 Damenregenschirm mit schwarzem Griff und Quaste, 1 Trauring (geg. E. B.), 1 schwarzer Regenschirm, 1 gold. Damenuhr mit Kette, 1 Dienstbuch, 1 seid. Damenschirm mit gebogener Krücke, 1 hellgelb. Klappgeldtäschchen mit annäh. 5 Mk., 1 Familienstammbuch, 1 gold. Damenuhr mit silb. Kette, 1 gold. Anhängsel, 1 gold. Ring mit dunkelrotem Stein, 3 Kilogramm engl. Stangenzinn und 6 Kilogramm altes Weichblei, 1 schwarzes Emaillearmband mit Gold bezziert, 1 gold. Damenklemmer, 1 gold. Brille, 1 weißleinener Gürtel mit gold. Schnalle.

Die unbekannten Eigentümer der unter Nr. 1 bezeichneten Gegenstände werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte innerhalb sechs Monaten im Polizeiverwaltungs-Bureau, Dreyhauptstraße 6, II. Zimmer 98, geltend zu machen.

Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben.

Halle (Saale), den 19. September 1912.

Die Polizeiverwaltung.

Konsumverein für Wittenberg u. Umgegend (eingetr. Gen. m. beschr. H.).

Die Verkaufsstellen sind wegen Inventur geschlossen:

Wittenberg / Kleinwittenberg am Sonntag, den 29. Sept. 1912.

Friedrichstadt am Montag, den 30. September 1912.

Die Markenabgaben finden statt:

Wittenberg: Sonnabend, den 28. September, Sonntag, den 29. Sept., von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachmittags im Geschäftszimmer Adlerstraße 1 a.

Kleinwittenberg: Sonntag, den 29. Sept., Montag, den 30. Sept., von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm. im Gasthaus „Zur Linde" (Karl Krüger).

Friedrichstadt: Montag, den 30. Sept., von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm. bei Herrn Mehlhase.

Bestellungen auf Briketts

werden noch fortwährend in den Lägern entgegengenommen, jedoch tritt von jetzt ab der Winterpreis ein.

Der Vorstand: F. Lerchenstein. A. Ganschow.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191209 24-10/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 223 — Halle a. S., Dienstag den 24. September 1912 — 23. Jahrg.

Sozialdemokratischer Parteitag.

C. B. Chemnitz, d. 21. Sept.

Sechster Verhandlungstag.

Haase eröffnet die Sitzung.

Zunächst erstattet den Bericht der Beschwerdekommission

Süßheim-Nürnberg: Ich habe zuerst über den

Fall Hildebrand

zu berichten. Die Kommission hat die Berufung Hildebrands gegen den Ausschluß mit 5 gegen 4 Stimmen zurückgewiesen und ich bin überzeugt, daß der Parteitag ebenso beschließen wird. Auf Grund eines Versammlungsbeschlusses in Ohligs, wo Hildebrand **für Kolonien, für Schutzzoll, für den Marokkorummels, ja sogar für den Militarismus eingetreten war,** wurde das Ausschlußverfahren eingeleitet.

Später wurde dann betont, daß Hildebrand den ganzen grundsätzlichen Teil des Erfurter Programms verwerfe und daß er in seinem Buche, Erschütterung der Industrieherrschaft und Industriesozialismus nachweisen wolle, daß dieser grundsätzliche Teil des Programms falsch sei und er zu einer Verhöhnung des Klassenkampfes und Kommunismus komme. Hildenbrand selbst gibt zu, daß seine Auffassungen von dem grundsätzlichen Teil des Programms abweichen. Aber er glaube der sozialdemokratischen Partei „am nächsten zu stehen" und in dieser am besten für seine (!) Anschauungen wirken zu können. Er tritt für eine Agrarpolitik zur Erzielung einer mittleren Bauernwirtschaft ein, damit die Industrieländer unabhängig von den reinen Agrarländern würden. Das führt ihn zur Schutzzollpolitik mit dem Ziele einer Errichtung einer westeuropäischen Zollunion. Ferner tritt er für den Erwerb von Kolonien unter Schaffung von Gesetzen zum Schutze der Eingeborenen ein und für Aufrechterhaltung einer Wehrmacht zum Schutze der Kolonien. Redner verliest zum Belege lange Stellen aus dem erwähnten Buche Hildebrands. Hildebrand hat zugegeben, daß diese Zitate die Quintessenz seines Buches bilden. Aus diesen Gründen ist das Niederrheinische Agitationskomitee zu dem Ausschluß gekommen, weil Hildebrand nicht auf dem Boden des grundsätzlichen Teils des Erfurter Programms stehe. Hildebrand hat dann die Einsetzung eines Schiedsgerichts veranlaßt. In dessen Sitzung erklärte Hildebrand, er sei Sozialdemokrat, weil er die Arbeiter als die allein zuverlässige Kerntruppe betrachte, um die heutigen Zustände zu bessern. Er könne sich, um diese Besserung zu erreichen, nicht auf die „enge" Form des Erfurter Programms festlegen. Unterbinde die Partei die Diskussion über solche Dinge, so müsse sie verknöchern. Er ziehe allerdings die Konsequenzen aus seinen Anschauungen, die manche andere nicht ziehen. Auch das Schiedsgericht kam schließlich mit 4 gegen 3 Stimmen zum Ausschluß. In der Beschwerdekommission nun hat man Hildebrand ausführlich gehört. Er selbst hat zugegeben, daß das Verfahren gegen ihn keineswegs als Ausfluß persönlicher Gehässigkeit zu betrachten sei. Hildebrand hat in der Kommission betont, er wisse wohl, daß er sich in wesentlichen Punkten von den Anschauungen der Mehrheit der Partei unterscheide, aber er kenne keine andere Partei, in der er tätig sein könne. (Heiterkeit.) Die Formulierung des Programms sei ihm „zu eng". Unter Aufhebung der Klassengegensätze könne er sich nichts Bestimmtes vorstellen; es handle sich um Veränderungen von Fall zu Fall. Die Grundgedanken seines Buches hat Hildebrand in der Kommission eingehend dargelegt. Vorgeworfen wurde Hildebrand, daß er in öffentlichen Versammlungen der Partei seine Gedanken zu propagieren versucht habe. Er hat nicht behaupten können, daß ihm verweigert worden sei, in Parteivereinsversammlungen theoretische Vorträge zu halten. Zum Schluß erklärte Hildebrand: Ich gebe zu, daß die Partei ihre Stellung revidieren muß in Fragen der Kolonialpolitik, der Agrarfrage, der Zollpolitik und der Militärpolitik. Die Frage ob er grundsätzlich alle indiretten Steuern ablehne, konnte er nicht bejahen. Dann hat die Kommission ohne Hildebrand weiter verhandelt. Von einem Mitglied der Minorität wurde betont, daß eine Schädigung der Partei nur durch parteischädigende Handlungen erfolgen könne, sonst würden wir eine sozialistisch-katholische Partei. Die Kommission hat, wie gesagt, mit 5 gegen 4 Stimmen den Ausschluß bestätigt. Für Hildebrand ist nicht wie für uns der Klassenkampf das Entscheidende, er meint, das sozialistische Endziel würde gar nicht dazu verhelfen, die Arbeiter aus den Banden des Kapitalismus zu befreien. Die Hauptsache ist für ihn die Schaffung einer Bauerngrundlage. Er spricht von „marxistischer Verbohrtheit". Unsere Partei als Kampfpartei kann kein wissenschaftlicher Diskutierklub sein. (Sehr richtig!) Auf Grund des § 1 des Statuts gehört jeder zur Partei, der sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt. Daraus folgt ohne weiteres, daß, wer sich nicht mehr zu den Grundsätzen der Partei bekennt, wenn er nicht von selbst austritt, ausgeschlossen werden muß. **Wir brauchen als Kampfpartei eine gemeinsame Grundauffassung.** (Sehr richtig!) Es ist ein Ehrenzeugnis für die Solinger Arbeiter, daß sie sich durch Hildebrand nicht haben bestimmen lassen, die Grundanschauungen der Sozialdemokratie aufzugeben. Hildebrand behauptet, es handle sich um ein Teilproblem. Aber auch solche Teilprobleme können nur behandelt werden von dem Grundboden des Programms. Für uns ist der grundsätzliche Teil des Programms keine offene Frage, sondern die Grundlage der Parteiangehörigkeit. **Wer nur den zweiten Teil des Programms anerkennt, den ersten aber ablehnt, ist kein Sozialdemokrat.** Nur darum kann es sich handeln, ob Hildebrands Ansicht der Ueberbrückbarkeit der Klassengegensätze mit unseren Grundanschauungen vereinbar ist. Ich achte Hildebrand ehrliche wissenschaftliche Forschungsarbeit, es kann keine Rede davon sein, daß seine Absicht etwa ist, die Arbeiter irre zu führen. Aber hier kommt es nicht auf das **Gefühl** an, sondern darauf, **die Grenzen der Parteizugehörigkeit festzulegen.** Seine Anschauungen führen ihn zu Konsequenzen, die mit all unseren praktischen Forderungen im schärfsten Widerspruch stehen.

Die Sozialdemokratie ist keine Zufluchtsstätte für politisch Obdachlose. (Sehr richtig!) Das Eintreten für soziale Forderungen, für den Emanzipationskampf macht noch nicht den Sozialdemokraten. Es kann jemand Sozialist sein und braucht noch nicht Sozialdemokrat zu sein. Wir würden auf eine schiefe Ebene kommen, wenn wir alle aufnehmen würden, die sich „Sozialisten" nennen. Wir dürfen uns hier nicht von Stimmungen leiten lassen. (Sehr richtig!) Es ist behauptet worden, was wir hier vornehmen wollten, sei ein „Ketzergericht". Ich weise das zurück. **In der Partei besteht volle Meinungsfreiheit,** aber wir verlangen das Bekenntnis zur **gemeinsamen Grundlage des Programms.** An diesen Grundlagen findet die Meinungsfreiheit ihre Grenzen. (David: So sagt auch Hertling!) Eine Schwäche der Partei wäre es, wenn sie aus Mitleid vor dem notwendigen Schritt des Ausschlusses zurückschrecken würde. Er ist eine bedauerliche aber notwendige Forderung. (Lebhafter Beifall.)

Müller-München: Der Beschluß der Kommission ist mit einer Stimme Mehrheit gefaßt worden. Wohl selten hat eine Beschwerdekommission eines Parteitages unter unwürdigeren und schwierigeren Verhältnissen getagt als diese. Auf Grund rein wissenschaftlicher Auseinandersetzungen sollte ein Beschluß gefaßt werden. Das Lokal, in dem die Kommission tagte, war so, daß bei lautem Sprechen jedes Wort draußen auch von Nichtmitgliedern der Partei zu hören war. (Lachen.) Sie war weiter nicht in der Lage, genau zu prüfen, ob die Auszüge aus dem Buche tendenzfrei waren. Ich stelle fest, daß nur eine kleine Minderheit der Richter in allen bisherigen Verfahren auch in der Beschwerdekommission das Buch Hildebrands wirklich gelesen hat. (Hört, hört!) Das Buch schneidet eine Fülle hochinteressanter Probleme an und ich bestreite, daß irgendein Mitglied der Kommission im Laufe dieses Parteitags sich wirklich in diese Materie vertiefen konnte. Dazu kam, daß das Urteil des Solinger Schiedsgerichts, das uns vorlag, so mangelhaft begründet war, daß eine solche Begründung für irgendein bürgerliches Gerichtsurteil die größte Entrüstung der Parteigenossen hervorrufen würde. (Sehr richtig!) Hildebrand hat ausdrücklich bestritten, daß er sich außerhalb des Rahmens unserer grundsätzlichen Forderungen gestellt hat. Ich gebe zu, daß die ganzen Kommissionsverhandlungen durchaus sachlich geleitet worden sind, aber in dem kontradiktorischen Verfahren zwischen Hildebrand und Dittmann hat sich doch gezeigt, daß die Grundstimmung dadurch beeinflußt war, **daß die Solinger Genossen sich durch die Propaganda Hildebrands für seine Anschauungen in ihrem Kampfe gestört fühlten.** Es ist gesagt worden, Hildebrand habe Zweifel und Verwirrung in die Reihen der Solinger Genossen getragen, aber es ist nachgewiesen, daß kein einziger Solinger Genosse verwirrt worden ist. (Heiterkeit.) Die Behauptung, Hildebrand habe sich um ein Parteitagsmandat beworben, ist unrichtig; es ist ihm vielmehr angetragen worden. (Hört, hört!) Als besonders gravierend für sein praktisches Verhalten wurde angeführt, er habe sich in einem bestimmten Falle geweigert, ein Flugblatt für die bäuerliche Bevölkerung zu schreiben. Für die praktische Agitation aber hat Hildebrand bei seiner Schwerfälligkeit gar nicht die Befähigung, wie Genossen von der flüssigen Redegewandtheit Dittmanns. Und wie gefährlich es manchmal ist, Flugblätter zu schreiben, hat ja selbst Kautsky in der Marokkoaffäre erfahren. (Heiterkeit.) Die Solinger meinten offenbar wie ein früherer bayerischer Minister: „Ich will mei Ruh" haben. — Nun soll Hildebrand den Klassenkampfstandpunkt der Partei vollkommen verlassen haben und gegen die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sein. Hildebrand selbst hat aber betont, die Arbeiter seien für ihn nach wie vor die Kerntruppe des Klassenkampfes, daß dieser weitergehe, sei ihm ganz selbstverständlich. (Hört, hört!) Ich halte seine ökonomischen Betrachtungen nicht für schlüssig, aber sie sind gar nicht für die Gegenwart berechnet, sondern für die Zeit des westeuropäischen Zollkonzerns. Mit der praktischen Arbeit der Partei in der Gegenwart haben seine wissenschaftlichen Erörterungen gar nichts zu tun. Es war bisher in der Partei noch nicht verboten, in der Gegenwart auch Zukunftsprobleme zu erörtern. Er hat nicht die Grundsätze der Partei angezweifelt, sondern die Richtigkeit ihrer Formulierung. In bezug auf die Versiaatlichung der Produktionsmittel habe ich z. B. auch meine eigene Meinung. „Die verschiedenen Formen der Betriebe, der Entlohnung, können auch im Zukunftsstaat nebeneinander bestehen." Das sagt Kautsky. (Heiterkeit. Wurm: Für die Uebergangszeit!) Den 2. Teil des Programms unterschreibt Hildebrand durchaus. Der Referent hat auf § 1 des Programms verwiesen. Hildebrand hat sich bei den Verhandlungen zu den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei bekannt und nur Einwendungen gegen die Formulierung einzelner Sätze dieser Grundsätze vorgebracht. Wenn wir die Parteigenossen, die beschließen, ausschließen wollten, hätten wir viel zu tun. Es ist immer betont worden, daß diese Grundsätze keine Dogmen sind, sonst kommen wir in der Tat zu dem Standpunkt der Katholiken. (Sehr richtig!) Hildebrand muß ebenso wie Pannekoek das Recht haben, seine Anschauungen in Parteidiskussionen zu vertreten. (Sehr gut!) Hier muß das klare Recht entscheiden und die Beweise für die erhobenen Anschuldigungen sind nicht erbracht. Ich warne Sie deshalb dringend, dem Urteil des Schiedsgerichts beizutreten. Wir sollten das Schild unserer Parteijustiz vollständig rein erhalten. (Bravo!)

Hildebrand: Mit welcher Leichtigkeit die Genossen, die über mich zu Gericht gesessen haben, mit ihrem Urteil fertig geworden sind, hat das Referat des Berichterstatters wieder bewiesen. Süßheim hat den Solingern ein überschwängliches Lob dafür ausgesprochen, daß sie sich nicht für meine Anschauungen hätten gewinnen lassen. Dabei habe ich die Studien, die für mich gewissermaßen zu einer inneren Katastrophe geworden sind, erst nach der Niederlegung der Mandatsurteile betrieben. (Hört, hört!) und nachher habe ich nur in drei Fällen Gelegenheit gehabt, in kleinen Versammlungen meine Anschauungen vor den Solinger Parteigenossen zu vertreten. Ueber die Versammlung in Ohligs ist ein Bericht der Bergischen Arbeiterstimme erschienen, der meine Ausführungen teilweise direkt auf den Kopf stellte. Und da behauptet Süßheim, es sei ein Beweis für die Solidarität der Bildung der Solinger Genossen, daß sie sich nicht von mir hätten einfangen lassen! Das charakterisiert die Art seines Vorgehens. Dann soll ich nach Süßheim gesagt haben, ich wüßte nicht, wo ich anderswo eine Unterkunft finden könne. Das klingt so, als irrte ich heimatlos hin und her und wüßte nicht wohin. Ich habe aber gerade gesagt: ich habe die aus Auffassungen, und auf Grund dieser Auffassungen kann ich gar nicht anders, als mich zur Sozialdemokratie rechnen. (Hört, hört!) — Ich habe mich weiter gerade für die Umwandlung unseres Heeres in ein Volksheer ausgesprochen. Also gerade das Gegenteil von dem habe ich gesagt, was Süßheim mir unterstellte. (Hört, hört!) Es ist nicht wahr, daß ich in meinem Buch mich gegen die grundsätzlichen Forderungen der Sozialdemokratie ausgesprochen habe. Wahr ist, daß ich darzulegen suchte, daß die Sozialisierung der Produktionsmittel nicht genüge, um die Arbeiter vor schweren Erschütterungen zu bewahren. Also nicht eine Abänderung, sondern eine Ergänzung des Programms habe ich vorgeschlagen. In dem großen Streit zwischen Radikalismus und Sozialismus stelle ich mich unbedingt auf den Standpunkt des Sozialismus. Es gibt sehr Radikale, die insofern Individualisten sind, als es ihnen nur auf ihre eigene Karriere ankommt. Mir ist es stets nur auf die Sache angekommen. Ich bin Sozialist in allen wirtschaftlichen Fragen. Nicht das Wohl des Einzelnen steht für mich auf dem Spiele, sondern das Wohl der Allgemeinheit. Ich halte die Notwendigkeit einer planmäßigen Organisation der Gesellschaft für eine selbstverständliche Forderung. (Sehr richtig!) Aber ich behaupte nie etwas, was ich nicht beweisen kann. Deshalb bin ich gewiß kein Taktiker, aber ich glaube, es muß auch Menschen geben, die sich ein solches moralisches Ziel stecken. Also ich bin für die Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Aber das macht allein noch nicht den Sozialdemokraten. Die Sozialisierung muß auch auf dem Boden der Demokratie erfolgen. Ebenso stehe ich auf dem Boden des Klassenkampfes. Ich sehe gar keine Möglichkeit, die Klassengegensätze mit gutem Willen im ganzen aufzuheben. Diese Klassengegensätze sind für mich etwas selbstverständliches. Aber ich meine, vom ethischen Standpunkt dürfen wir es nicht versäumen, wenn die Möglichkeit vorliegt, in einem bestimmten Falle ohne Klassenkampf ein bestimmtes Ziel zu erreichen. (Sehr richtig!) — Nun ist die Durchführung der sozialistischen Grundsätze nach Auffassung aller derer, die auf dem Boden des historischen Materialismus stehen, gebunden an objektive Verwirklichungsmöglichkeiten. (Sehr richtig!) Von dieser Grundlage aus hat die wissenschaftliche Forschung für die Sozialdemokratie so große Bedeutung und wer diese wissenschaftliche Forschung zu unterbinden sucht, verfündigt sich an den Grundlagen des Sozialismus. (Sehr richtig!) Mein Buch behandelt nun ein bestimmtes Teilproblem. Wissenschaftliche Erörterungen über den Inhalt meines Buches haben alle Instanzen abgelehnt. Aber wie soll man feststellen, ob das, was ich praktisch für notwendig halte, dem demokratischen Sozialismus widerspricht, wenn man die Voraussetzungen, die mich zu den praktischen Folgerungen führen, zu prüfen von vornherein ablehnt. (Sehr richtig!) Man kann aber mein Buch überhaupt nur dann würdigen, wenn man es wissenschaftlich behandelt. (Sehr richtig!) Da das bisher nie geschehen ist, sind alle bisher gefällten Voten ohne genügende Grundlagen beschlossen worden. Ich habe in der Vorrede meines Buches ausdrücklich erklärt, daß ich nur Anregungen geben wolle zur Diskussion. Ich befürchte doch auf Grund meiner Studien eine schwere wirtschaftliche Krise und es war meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, die Arbeiter davor zu warnen. Es mag sein, daß ich in dieser inneren Erschütterung einige allzuscharfe Ausdrücke gebraucht habe, aber in der Sache kann ich nichts zurücknehmen. In der Kommission hat der Vorsitzende Hofrichter erklärt, es sei gerade ein Vorzug, daß die meisten Schiedsrichter mein Buch nicht gelesen hätten, desto unbefangener könnten sie urteilen. (Lebh. Hört, hört! und Heiterkeit.) Sind Sie denn wirklich mit einer derartigen Erledigung der Sache einverstanden? Sie übernehmen eine große Verantwortlichkeit innerhalb der Arbeiterbewegung. **Es handelt sich in der Tat um die Frage: ist die Meinungsfreiheit innerhalb der Sozialdemokratie gefährdet oder nicht?** Darüber erwarte ich Ihr Urteil. (Lebhafter Beifall.)

Dittmann-Solingen: Irgendwelche persönliche Animositäten gegen Hildebrand lagen in Solingen nicht vor. Die Solinger Arbeiter haben vielmehr die größte Langmut mit Hildebrand bewiesen. Hildebrand gehört zu den Nationalsozialen, die nach dem Siege von 1903 zur Partei kamen. Er kam von Berlin nach Solingen als Redakteur, gab diese Stellung nach drei Jahren auf und ich kam dann von Frankfurt als sein Nachfolger nach Solingen. Ich kann also die Solinger Arbeiter nicht gegen ihn beeinflußt haben. Aber in der ganzen Zeit seiner Redaktionsführung hat sich lebhafte Opposition gegen seine Anschauungen in den Kreisen der Solinger Parteigenossen geltend gemacht. Persönlich hat er Sympathien genossen. Ich habe es, solange als es mir möglich war, vermieden, mich mit ihm in Auseinandersetzungen einzulassen. Den Ausgang, den solche Auseinandersetzungen haben mußten, habe ich damals schon vorausgesehen. Entweder mußte Hildebrand freiwillig austreten, oder es mußte ihm gesagt werden: Du gehörst nicht zu uns. Soweit ist es jetzt gekommen. Hildebrand ist in Solingen mit dem größten Entgegenkommen behandelt worden, aber er ist gegangen, weil er bei den Solinger Arbeitern kein Verständnis gefunden hat. So sehr ich einer Auseinandersetzung ausweich, so sehr strebte sie Hildebrand an. Er fühlte sich totgeschwiegen. Wir wollten ihn schonen, er aber wollte uns zwingen, sich mit seinen Anschauungen zu beschäftigen. Mit dem Erscheinen seines Buches wurde es vollends klar, daß Hildebrand nicht mehr auf dem Boden der Partei stehe. Er hatte immer von der Gewinnung der Bauern gesprochen. Es wurde beschlossen, ein Flugblatt zu diesem Zwecke herauszugeben. Hildebrand aber erklärte, es sei ihm nicht möglich, auf Grund der in der Partei herrschenden Anschauungen ein solches Flugblatt zu schreiben. (Hört, hört!) Das war ehrlich und loyal von Hildebrand, aber es beweist doch auch, daß Hildebrand nicht mehr zu uns gehörte. Nach dem öffentlichen Auftreten Hildebrands in öffentlichen Versammlungen, die nicht einmal Parteiversammlungen waren, ging es nicht mehr an, zu schweigen. Man mußte sich mit Hildebrand beschäftigen und gegen ihn polemisieren. Die Knüppel, die uns Hildebrand in die praktische Arbeiterbewegung warf, gaben den Anstoß zu dem Verfahren gegen ihn. Hildebrand hat stets erklärt, daß gegen ihn sachlich vorgegangen ist, er hat auch ausdrücklich erklärt, daß er materiell durch den Ausschluß nicht geschädigt werden würde. Dieses Moment dürfte also ausscheiden. Die Schiedsrichter erster Instanz sind der Oberflächlichkeit geziehen worden, weil sie das Buch nicht gelesen hätten. Es **handelt sich gar nicht um das Buch, sondern um seine Grundanschauungen.** Die mündlichen Auseinandersetzungen und seine mündlich vorgetragenen Anschauungen genügten für die Schiedsrichter völlig, zu erkennen, daß Hildebrand nicht mehr zur Partei gehört. Heute hat Hildebrand zum erstenmal gesagt, daß er manchen Ausdruck heute für zu scharf gefaßt halte. Darauf kommt es doch aber im wesentlichen an. Ich will die Anschauungen Hildebrands nicht mehr ausführlich darlegen. Er leugnet den Klassenkampf nicht, er betrachtet ihn als etwas sekundiert gegenüber der Bildung der westeuropäischen Zollunion. Gerade diese Zollunion verstößt gegen unseren Hauptgrundsatz, die internationale Solidarität, weil sie Westeuropa im Gegensatz zur übrigen Welt bringt. Hildebrand ist kein Gegner der Schutzzölle, er vertritt damit in letzter Linie die Verteuerung der Lebensmittel, die je eine Folge dieser Schutzzollpolitik ist. Hildebrand will aus seinen Anschauungen aber auch nicht etwas nur für die Zukunft praktische Konsequenzen ziehen, sondern schon für die Gegenwart. Er stellt „das westeuropäische Gemeinschaftsgefühl" als das hauptsächlich Bestimmende unserer Gegenwartspolitik hin und nicht den Klassenkampf. Er will die Partei auf einen neuen grundsätzlichen Boden drängen. Nun sagt man, die Partei müsse darüber diskutieren, ob sein Standpunkt der richtige sei. Aber es ist schon betont worden, die Partei ist kein Diskutierklub. Die Partei kann nicht dulden, daß unter dem Schutze der Meinungsfreiheit die Grundlagen des Programms negiert werden. Die Entscheidung ist gesprochen. Das Buch liegt seit zwei Jahren vor. (Zurufe: Ist aber nicht gelesen!) Auch die Parteigenossen, die sich aus formalen Gründen gegen den Ausschluß wenden, haben sich wohl gehütet, frei zu seinen Anschauungen zu bekennen; denn wer das tut, gehört nicht in die Partei. Machen Sie kurzen Prozeß und lassen Sie nicht die Sozialdemokratie zum Tummelplatz antisozialdemokratischer Tendenzen werden. (Beifall.)

Es läuft ein Antrag ein, die Angelegenheit auf den nächsten Parteitag zu vertagen und den Parteivorstand zu beauftragen, das nötige Material den Delegierten des nächsten Parteitages zuzustellen.

Dr. Gradnauer begründet den Antrag. Es ist zum ersten Mal, daß ein Parteigenosse auf Grund seiner wissenschaftlichen Ueberzeugungen ausgeschlossen werden soll. Die „Jungen" wurden s. Z. lediglich auf Grund von Beleidigungen ausgeschlossen. Die sehr wichtige Frage ist zweifellos nicht genügend geklärt und wir haben auf diesem Parteitage nicht mehr die Möglichkeit, in Ruhe zu entscheiden. Die Ehre und Würde der Partei verlangt, daß wir nicht übereilt in einem so bedeutungsvollen Falle eine Entscheidung treffen. (Beifall.)

Klara Zetkin: Ich rate dringend, die Angelegenheit nicht zu vertagen. Meines Erachtens ist die Sache genügend geklärt. (Sehr richtig!) Wir sind nicht hier dazu da, um zu entscheiden über die wissenschaftliche Bedeutung des Buches von Hildebrand. **Zu Betracht kommt allein die politische Seite der Frage.** Auch in ein, zwei Jahren hätten wohl nur ganz wenige Delegierte das Buch gelesen. (Hört, hört!) Wir sind hier ganz simple politische Kämpfer. (Heilmann: Wir sind eine wissenschaftliche Partei!) Auf die praktischen Konsequenzen seiner Anschauungen kommt es an. (Zuruf: Dann müssen wir auch Pannekoek ausschließen.) Wir wollen doch nicht erst abwarten, daß die Anschauungen Hildebrands Boden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191209 24-10/fragment/page=0005

in der Partei finden; dem ersten Schritt muß entgegengetreten werden. Ueber der Meinungsfreiheit steht die Kampfeinheit, die einheitliche Aktion der Partei nicht zu stören. (Lebh. Beifall.)

Der Antrag Gradnauer wird abgelehnt.

Heine: Ich spreche erstens aus formellen Gründen gegen den Ausschluß. Was würden wir für ein Gesicht erheben, wenn bürgerliche Gerichte entscheiden wollten ohne gründliche Prüfung! Das Referat Süßheim war nicht ein objektives Referat, sondern eine Anklagerede. Weder Süßheim noch Dittmann hat es unternommen, den Gedankengang des Hildebrandschen Buches wiederzugeben. Nach Ablehnung des Antrages Gradnauer gibt es nichts anderes als aus Mangel an Beweisen den Angeklagten freizusprechen. Was Dittmann über nicht taktvolles Verhalten Hildebrands anführte, genügt nicht zum Ausschluß, sondern könnte höchstens die Partei veranlassen, ihn nicht auf verantwortliche Stellen zu setzen. (Sehr richtig!) Mit einem Streit zwischen Radikalismus und Revisionismus hat die Sache nichts zu tun. Ich lehne es ab, mich auf die Zukunftsspekulationen Hildebrands einzulassen. Jedenfalls aber sind Zukunftsspekulationen doch sonst in der Partei stets erlaubt gewesen. Und in der Gegenwartsarbeit steht Hildebrand auf unserer Seite. Sie haben den Mann gehört, wie er mit großer Warmherzigkeit, Ehrlichkeit und Ueberzeugung seine Zugehörigkeit zur Partei betont und auch mit großem Mut nicht das Abweichende verschwiegen hat. Ein solcher Mann kann jeder Partei nur zur Ehre gereichen und ihn wollt Ihr ausschließen! Der Ausschluß Hildebrands würde gegen das Prinzip verstoßen, daß unsere Partei auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschung beruht. Der Fall liegt genau so, wie gestern mit Pannekoek, der auch Grundlagen des Parteiprogramms als mangelhaft bezeichnet hat. Machen Sie keinen politischen Tendenzprozeß aus der Sache. Laden Sie nicht auf die Partei den Vorwurf der Intoleranz. Dem einen Ketzergericht würden sofort andere folgen und dabei würden immer gerade die betroffen, die am meisten den Mut ihrer Ueberzeugung haben. (Sehr richtig!) Eine Partei von 4 Millionen muß stark genug sein, um auch Eingänger in sich bergen zu können. Sie muß groß und frei handeln. Man sagt, die Gegner können uns die Aeußerungen Hildebrands vorhalten. Aber der Schaden, der durch die heutigen Reden von Dittmann und Frau Zetkin angerichtet worden ist, ist in 10 Jahren nicht wieder gut zu machen. (Zustimmung und Unruhe.) Man hat gesagt, wir lieferten durch unsere Worte vom Ketzergericht den Gegnern Waffen. Wenn der Grundsatz von Frau Zetkin maßgebend bleibt, daß in der Partei nur für eine einheitliche Meinung Raum ist, dann werden wir zur Kirche. Ich sage, wenn gebunnal ein Verfahren Urteil durch diesen schlecht unterrichteten Parteitag gefällt werden wird, dann bleibt unsere Partei doch die Partei der Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit, daran können solche Verstöße, solche Entgleisungen nichts ändern. Das darf ich aber draußen nur sagen, wenn ich es heute hier sage. Ist es vergeblich gesagt, dann ist es nicht meine Schuld. (Lebh. Beifall.)

Dr. Laufenberg: Wohl niemand hier im Saale ist, der nicht das Wort Lassalles unterschriebe, daß die Wissenschaft frei sein muß, frei bis zum Mißbrauch. Aber Politik, wenn sie auf wissenschaftlicher Basis ruht, ist und bleibt die Gruppenbewegung der Gesellschaft und was die Gruppe zusammenhält ist ihre Gesellschaftstheorie, ihr Programm. Wer sich außerhalb der Grundlagen des Programms stellt, gehört nicht mehr zur Partei. Hildebrands Gedankengang konsequent durchgeführt, **ist die Verneinung der Möglichkeit des Sozialismus.** Der demokratische Kampf der Arbeiter zielt doch ab auf die Verfügungsmöglichkeit über die gesellschaftlichen Produktionsmittel. Zweifellos sind wir alle für die Meinungsfreiheit in unseren Reihen, soweit es geht, und ich verstehe es sehr wohl, wenn gerade die Vertreter des rechten Flügels für größere Freiheit eintreten. Aber die elementaren Grundprinzipien müssen wir nicht aufgeben. Es wäre sehr wünschenswert, wenn sich ein einmütiges Votum des Parteitages in dieser Frage erzielen ließe. Ich möchte Ihnen deshalb vorschlagen, folgenden Antrag zuzustimmen: „Der Parteitag erklärt, daß die Anschauungen Hildebrands in keiner Weise die unsrigen sind, das Hildebrand im Rahmen seiner heutigen Anschauungen sich nicht eignet, als Interpret, als Wortführer der deutschen Sozialdemokratie aufzutreten, daß er jede Verantwortung für die Ideen Hildebrands, für sein politisches Auftreten ablehnt und daß er im übrigen erwartet, daß damit die Angelegenheit erledigt wird." (Lebh. Beifall.)

Ebert beantragt mit Rücksicht auf die Aufnahme dieses Antrags Laufenberg durch den Parteitag Schluß der Debatte.

Gottschalk-Königsberg spricht gerade mit Rücksicht auf den neuen Antrag, dessen Tragweite noch gar nicht gewürdigt sei, gegen den Schlußantrag.

Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Dr. Süßheim (Schlußwort): Durch den unerwarteten Antrag Laufenberg ist ein ganz neues Moment in die Debatte gekommen. Er will Genossen zweierlei Recht schaffen, gewissermaßen Genossen, denen wir die politischen Ehrenrechte in der Partei abschneiden. Das gibt es nicht. (Widerspruch.) Ich glaube, die aus persönlichen und auch wohl aus taktischen Gründen von Laufenberg vorgeschlagene Brücke dürfen wir nicht betreten. — Noch wie vor bestreite ich, daß es sich in Hildebrands Buch um Zukunftsphantasien handelt. Es heißt in seinem Buch: Wenn irgendwann, so bietet sich jetzt Gelegenheit, daß die westeuropäischen Völker sich über den Klassenkampf hinweg brüderlich die Hand reichen. Die persönlichen Eigenschaften Hildebrands können für seine Parteizugehörigkeit nicht maßgebend sein. Die Entscheidung ist auch uns nicht leicht geworden. Aber es kommt hier nicht auf Gefühlsgründe, auf Mitleid an. Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen geurteilt. Das ist notwendig zu sagen gegenüber dem flammenden Protest Heines. Wenn Hildebrand seine Ideen in einem Buche und in Vorträgen vertreten hat, so ist das doch eine Handlung. Wenn jemand sich soweit wie Hildebrand von den Grundanschauungen der Partei entfernt hat, so behält er zwar seine Meinungsfreiheit, aber außerhalb der Partei. (Beifall.)

Hildebrand: Dittmann hat auch heute wieder nachweisen wollen, daß ich schon lange vor dem Erscheinen meines Buches, schon bei der Kündigung, den Eindruck gehabt hätte, mit meinen Anschauungen von der Anschauung der Solinger Parteigenossen abzuweichen. Das war nur in einzelnen Fällen der Fall. Nicht weil ich für meine spezielle Anschauungen bei den Genossen Solingens kein Verständnis gefunden hätte, habe ich meine Redakteurstelle gekündigt, sondern weil meiner Auffassung der politische Sinn unter den Solinger Arbeitern zu wenig gepflegt wurde, weil der elende Gewerkschaftsstreit nicht aufhören wollte. Unter dem deprimierenden Eindruck der Ablehnung der Einigungsbestrebungen in diesem Gewerkschaftsstreit habe ich die Redaktion niedergelegt. Ihr übrigen bin ich nach wie vor der Meinung, daß im Interesse der wissenschaftlichen Meinungsfreiheit innerhalb der Partei mein Ausschluß nicht erfolgen darf. Wie Sie auch beschließen mögen, so werde ich doch auch in Zukunft mich als demokratischer Sozialist fühlen. (Beifall.)

Hoffritzer bestreitet, gesagt zu haben, es sei gut, daß die Polizei's im Schiedsgericht das Buch Hildebrands nicht gelesen hätten.

Klara Zetkin: Heine hat mir den Vorwurf der Parteischädigung gemacht. Ich kann nur wünschen, daß die Partei durch die verschiedentlichen Handlungen und Reden Heines nicht mehr geschädigt wird, als heute durch mich. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Antrag der Kommission wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen; etwa 45 des Parteitages stimmten dafür.

Die Annahme des Kommissionsantrages durch die große Mehrheit wird besonders von den Tribünen mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Antrag Laufenberg ist damit erledigt. Hildebrand verläßt den Saal. Es wird weiter verhandelt über den Bericht der Beschwerdekommission.

Hofmann-Hamburg berichtet über weitere Beschwerdefälle. Es handelt sich zunächst um die Stimmzettelveränderung gegen die von der Parteiversammlung festgesetzte Reihenfolge in der Genossen Stuttgart. Genosse Dusler ist beschuldigt, solche abgeänderten Stimmzettel verbreitet zu haben und vom Schiedsgericht für ungeeignet erklärt worden, zwei Jahre ein Ehrenamt zu bekleiden. Dusler hat Berufung eingelegt. Die Beschwerdekommission hat in Würdigung der in Stuttgart bestehenden Verhältnisse die Berufung abgelehnt und empfiehlt dem Parteitag das erstinstanzliche Urteil zu bestätigen.

Der Parteitag stimmt dem Urteil der Kommission zu.

Limbertz-Essen berichtet über 10 weitere Beschwerdefälle von geringerem öffentlichen Interesse. Der Parteitag tritt in allen Fällen den Beschlüssen der Beschwerdekommission bei. (In den meisten Fällen handelt es sich um Streitigkeiten, die wegen der Nichtabführung des Arbeitsbeitrages am 1. Mai entstanden sind.)

Eine Beschwerde von 15 Bremer Genossen erhebt Einspruch gegen die Aufnahme Radeks in die Bremer Organisation.

Die Kommission schlägt vor, diese Angelegenheit zur weiteren Behandlung dem Parteivorstande zu überweisen.

Pannekoek erklärt, daß kein Grund vorlag für die Bremer Organisation, Radek nicht aufzunehmen. Eine Erörterung des Falles Radek wird abgelehnt. Vorsitzender Haase verliest eine Erklärung Radeks, worin dieser behauptet, daß er von 1908—1911 in Berlin organisiert war und alle Pflichten erfüllt habe.

Ebert (Vorstandsmitglied) bestreitet letzteres und bittet den Parteitag, den Parteivorstand nicht irgendwie festzulegen.

Der Parteitag beschließt gemäß dem Antrag der Beschwerdekommission.

Vorsitzender Haase: Bei der

Wahl des Parteivorstandes

sind abgegeben 468 Stimmen, davon 7 ungültige, 454 gültige. Die absolute Mehrheit beträgt 228 Stimmen. Es haben erhalten als Vorsitzende Bebel 452 und Haase 438, als Kassierer Braun 447, als Sekretäre Pfannkuch 449, Molkenbuhr 452, Gerich 450, Ebert 423, Müller 417 und Scheidemann 442, als Sekretärin Luise Ziet 446, als Beisitzer Wengels 429, Brühl 389 und Schmidt 83. Die anderen Stimmen sind zersplittert auf Heine, Südekum, David, Noske und Pieck. **Der Parteivorstand ist also in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt worden.** (Bravo!).

Bei der

Wahl der Kontrollkommission

sind abgegeben 464 Stimmen, davon 7 ungültige und 457 gültige. Die absolute Mehrheit beträgt 229. Es haben erhalten Kaden 446, Bock 388, Hengsbach 343, Ernst 432, Stubbe 391, Brühne 327, Timm 376, Kes 348, Zelkin 309, Löbe 159, Breg 129, Grünberg 127, Severing 134. Einzelne Stimmen sind gefallen auf Ledebour, Hoch, Geyer, Ulrich, Pieck und Simon. Auch die Kontrollkommission ist in ihrer bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt worden.

Internationaler Kongreß.

Molkenbuhr referiert hierauf kurz über den nächsten internationalen Kongreß in Wien, der 1913 dort stattfinden soll. Er empfiehlt dem Parteitag zu beschließen, daß die deutsche Delegation im Internationalen Bureau dem Vorschlage der Holländer beitritt, den Kongreß erst 1914 abzuhalten. Einmal ist 1914 das Jubiläumsjahr für den ersten internationalen Kongreß 1889 in Paris, dann ist das Jahr 1913 nicht günstig wegen der in diesem Jahre stattfindenden preußischen Landtagswahlen. Weiter bittet der Redner, die deutsche Delegation auf höchstens 150 Delegierte festzusetzen.

Der Antrag Molkenbuhr, den Kongreß erst 1914 abzuhalten, aber wenn der Kongreß doch schon 1913 stattfindet, das Thema Imperialismus zu verhandeln und die Delegation auf höchstens 150 Teilnehmer festgesetzt wird, wird angenommen. Alle übrigen zu diesem Punkte gestellten Anträge werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Auch fast alle übrigen noch gestellten Anträge werden entweder nicht genügend unterstützt oder zurückgezogen.

Einige wenige genügend unterstützten Anträge werden dem Parteivorstande als Material überwiesen.

In bezug auf die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag liegt ein Antrag vor, diese Wahl dem Parteivorstande zu überlassen.

Der Antrag wird nach Befürwortung durch Ledebour mit großer Mehrheit angenommen. Die Kontrollkommission hat sich konstituiert und den Bildungsausschuß in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt.

Damit sind die Verhandlungen des Parteitages zu Ende.

Vors. Haase hält das Schlußwort. Er dankt den Chemnitzer Genossen für ihre Mühewaltung. Der Parteitag hat fruchtbare Tätigkeit ausgeübt. Die innere Zusammengehörigkeit der Parteigenossen hat sich in der brüderlichen Art der Verhandlungen gezeigt. **Die Geschlossenheit der Partei hat sich wieder glänzend erwiesen.** Die deutsche Sozialdemokratie lebe hoch, hoch, hoch!

Der Parteitag ist geschlossen.

Die Delegierten stimmen dreimal begeistert in das Hoch ein.

Die Delegierten erheben sich von den Plätzen und stimmen die erste Strophe der Arbeiter-Marseillaise an.

Schluß 1½5 Uhr.

66]

Madame Bovary. [Nachdr. verb.]

Ein Sittenroman aus der Provinz von Gustave Flaubert.

Aus dem Französischen übertragen von Jos. Ettinger.

In den gefüllten Weihwasserkesseln spiegelten sich Säulengänge und Glasfenster; die gemalten Scheiben warfen bunte Lichter auf die Marmorfliesen und durch die drei weitgeöffneten Portale flutete das helle Tageslicht in breiten Strahlenbüscheln in das dämmrige Innere. Am Hochaltar ging dann und wann ein Sakristan vorüber und machte die übliche Kniebeugung vor dem dort stehenden Sanktissimum. Unbeweglich hingen die krillallenen Kronleuchter von den Kreuzbogen der Decke hernieder. Auf dem Chor brannte ein ewiges Licht in silberner Ampel; und aus den Seitenkapellen, die im Dunkel lagen, drang von Zeit zu Zeit das Schluchzen oder Stammeln eines Betenden und hallte in dem weiten Gewölbe wieder.

Langsam schritt Leon an den Wänden entlang. Nie im Leben hatte er sich so wohl gefühlt. Sie mußte schon unterwegs sein in diesem Augenblick, reizend wie immer, eilig gehend und doch dabei die bewundernden Blicke genießend, die ihr folgten, — in ihrem hellblauen Kleide, der goldenen Lorgnonkette, den zierlichen Stiefelchen, all den kleinen eleganten Tändeleien, für die er jetzt erst Sinn bekommen hatte, und dabei angetan mit dem ganzen Reize der unterliegenden, nur schwach sich sträubenden Tugend . . . Wie ein ungeheures Boudoir schien sich die Kirche über ihm zu wölben; die mächtigen Säulen warfen ihre Schatten nur, damit er in deren Schutze die süße Liebesbeichte von ihren Lippen empfangen konnte; die bunten Glasfenster leuchteten nur, um ihr Gesicht mit ihrem Scheine zu verklären, und die Weihrauchfässer sandten ihre wirbelnden Wolken nur zu dem Zwecke in die Luft, damit sie in ihrem Dufte ihm vollends wie ein Engel des Himmels erscheine. . . .

Aber noch immer kam sie nicht.

Er setzte sich auf einen der Stühle, einem der gemalten Fenster gegenüber, auf dem ein paar Fischer mit ihren Körben abgebildet waren. Er betrachtete es lange, und aufmerksam, zählte die Schuppen der Fische und die Knöpfe an den Wämsern, und dabei weilten seine Gedanken unablässig bei der, die er erwartete.

Inzwischen beobachtete der Schweizer am Eingang mit unverhohlener Entrüstung den fremden Menschen, der sich erlaubte, „seine" Kathedrale auf eigene Faust zu besichtigen. Sein Gebaren war ihm verdächtig, und er hatte das Gefühl, als begehe dieser freche Eindringling einen Diebstahl an ihm selbst, wenn nicht, gar eine Tempelschändung.

Jetzt näherte sich das Rascheln eines seidenen Kleides auf den Steinfliesen, der Rand eines Strohhutes tauchte auf, eine schwarze Mantille. — sie war es! — Leon erhob sich, ihr entgegen zu eilen.

Emma war blaß; sie näherte sich mit raschen Schritten.

„Lesen Sie das!" sagte sie hastig, ihm ein verschlossenes Kuvert hinreichend. „Nein — nicht doch!"

Sie riß ihre Hand los, die er schon erfaßt hatte und eilte zur nächsten Kapelle, wo sie auf einem Betstuhl niederkniete, um zu beten.

Dieser plötzliche Anfall von Frömmigkeit verwirrte den jungen Mann; doch fand er einen eigenartigen Genuß darin, sie hier zu sehen, inmitten des heiligen Ortes, in brünstige Gebete versunken wie eine mittelalterliche Edelfrau. Erst als sie gar nicht mehr aufhören wollte, fand er es langweilig.

Emma betete, oder vielmehr sie strengte sich an, zu beten, in der unbestimmten Hoffnung, der Himmel werde ihr eine plötzliche Eingebung senden; und um sich in die weihevolle Stimmung hinein zu versetzen, die dazu nötig war, ließ sie ihre Augen andachtsvoll auf dem Glanze des Tabernakels weilen, atmete sie den Duft der weißen Levkojen, die in hohen Vasen rechts und links aufgestellt waren, lauschte sie auf die tiefe Stille im Gotteshause, die seltsam kontrastierte mit dem Tumult, der in ihrem Herzen tobte.

Endlich erhob sie sich, und sie wollten schon gemeinsam die Kirche verlassen, als der Schweizer rasch auf sie zutrat, mit den Worten:

„Madame ich gewiß fremd hier? — Wünscht Madame die Sehenswürdigkeiten des Münsters zu besichtigen?"

„Nein doch!" fuhr ihn Leon an.

„Weshalb nicht?" widersprach sie.

Denn im selben Maße, als sie ihre Willensfestigkeit wanken fühlte, klammerte sie sich wie zur Rettung ihrer gefährdeten Tugend an diese Heiligenbilder, Geräte und was sonst geeignet war, sie abzuziehen, an.

Der Schweizer führte sie alsbald, um „der Reihe nach" vorzugehen, zum Hauptportal zurück, wo er zunächst mit dem Stock auf einen großen Kreis deutete, der in schweren Steinen am Boden eingepflastert war, ohne Inschrift oder sonstige Bezeichnung.

„Hier haben Sie," erklärte er pathetisch, „den Umkreis der schönen, großen Glocke von Amboise. Sie hatte ein Gewicht von 400 000 Pfund und ihresgleichen nirgends in Europa. Der Meister, der sie gegossen, starb vor Freude am Schlag, als —"

„Weiter," unterbrach ihn Leon ungeduldig.

Der Rundgang ward fortgesetzt; an der Kapelle angelangt, in der Emma vorher gebetet hatte, streckte der würdige Diener des Herrn mit einer erklärenden Bewegung den Arm aus und mit feierlichem Stolze, wie ein Landmann, der seine blühenden Saaten zeigt, sagte er:

„Dieser schlichte Grabstein deckt die sterbliche Hülle von Pierre de Brézé, Herrn von Varenne und Brissac, Großmarschall von Poitou und Gouverneur der Normandie, gefallen in der Schlacht bei Montlhéry am 16. Juli 1465."

Leon biß sich auf die Lippen und stampfte unwillkürlich mit dem Fuße.

„Und hier rechts, der Ritter, der im eisernen Panzer auf dem sich bäumenden Pferde sitzt, ist sein Enkel Louis de Brézé, Herr von Breval und Montchauvet, Graf von Maulevrier, Baron von Mauny, königlicher Kammerherr und Ordensritter, ehemaliges Gouverneur der Normandie, gestorben am 23. Juli 1531, einem Sonntag, wie die Inschrift hier besagt. Hier drüben die Figur, die eben ins Grab zu steigen scheint, stellt denselben erlauchten Herrn nochmals vor: eine vorzügliche Darstellung der Vergänglichkeit irdischer Größe!"

Madame Bovary griff nach ihrem Lorgnon. Leon stand unbeweglich neben ihr und betrachtete sie von der Seite; er wagte nicht mehr, sich auch nur mit einem Wort, einer Bewegung gegen ihre anscheinende Gleichgültigkeit und die Geschwätzigkeit des lästigen Cicerone aufzulehnen. Dieser fuhr fort:

„Nebenan, diese Dame rechts, die auf den Knien liegt und Tränen vergießt, ist seine Ehegattin, Diana de Poitiers, Gräfin von Brézé, Herzogin von Valentinois, geboren 1499, gestorben 1566; links davon, die weibliche Gestalt mit dem Kinde auf dem Arm, ist die heilige Jungfrau . . . Wenden Sie sich jetzt, meine Herrschaften, bitte dort hinüber. Sie sehen hier die Grabstätten der Ambosie: beide waren Kardinäle und Erzbischöfe von Rouen, dieser rechts war außerdem Minister Ludwigs XII. und hat der Kathedrale viele Wohltaten zugewandt. Er hinterließ in seinem Testamente dreißigtausend Goldgulden für die Armen."

Ohne während des Sprechens stille zu stehen, drängte er seine Zuhörer in eine Nebenkapelle, in der allerhand altes Kirchengerät aufgestapelt lag. Er nahm einiges davon weg und enthüllte einen unförmlichen Block, der ehemals eine schlecht gearbeitete Statue gewesen sein mochte.

„Diese," erklärte er in schmerzlich vibrierender Stimme, „zierte einstmals das Grab von Richard Löwenherz, König von England und Herzog in der Normandie. Die Calvinisten, meine Herrschaften, haben sie so zugerichtet, wie Sie sie hier sehen. Sie gruben sie bösWilligerweise in die Erde ein, gerade dort unten, unter dem Sitze des Erzbischofs. Das dort, sehen Sie, ist die Pforte, die zu seiner Privatwohnung führt. — Wir kommen jetzt zu den berühmten Glasmalereien von La Gargouille . . ."

Aber nun zog Leon rasch ein Zweifrankstück aus der Tasche und nahm Emmas Arm, um sie ins Freie zu führen. Der Schweizer stand ganz verblüfft ob solch verfrühter Freigebigkeit, denn die Hauptsehenswürdigkeiten blieben erst noch zu zeigen. Er rief den Weggehenden nach:

„Aber . . . meine Herrschaften! Die Turmspitze! Der Turm!"

„Danke," wies ihn Leon ab.

„Sie haben unrecht, wahrhaftig, Sie haben unrecht! Er ist vierhundertvierzig Fuß hoch, nur neun weniger, als die große Pyramide in Ägypten, und ganz von Eisen . . ."

Leon beschleunigte seine Schritte; denn er fürchtete, daß seine Liebe, die zwei Stunden lang unbeweglich hatte verharren müssen, wie die Grabsteine des Münsters, nun am Ende auch noch durch diesen gigantischen, käfigartigen Kamin von Turm gleich einer Wolke aufsteigen und sich verflüchtigen möchte . . .

„Wohin gehen wir?" fragte sie.

Ohne zu antworten, drängte Leon sie noch rascher dem Ausgange zu, und Madame Bovary hatte schon die Fingerspitzen in das Weihwasser am Hauptportal getaucht, als sie einen keuchenden Atem und das Aufschlagen eines Stockes hinter sich hörten. Leon wandte sich um.

„Mein Herr!"

„Was soll's?"

Es war nochmals der übereifrige Schweizer, der unter beiden Armen einige zwanzig dicke broschierte Bände herbeischleppte: lauter Bücher, die, wie er sagte, „von der Kathedrale handelten".

„Esel!" murmelte Leon, während er mit Emma vollends zur Kirche hinausstrat.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120924-10/fragment/page=0006

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 23. September 1912.

Oeffentliche Jugendversammlung.

Am kommenden Mittwoch, den 25. September, findet im Saale des Lokals Letzter Dreier in der Merseburgerstraße eine öffentliche Jugendversammlung statt. Es wird ein Vortrag über das Thema: Der Kampf um die arbeitende Jugend gehalten werden. Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, Laufs- und Arbeitsburschen werden ersucht, in diese Versammlung zu kommen. Auch die Eltern jugendlicher Arbeiter und alle Freunde der arbeitenden Jugend werden sich hoffentlich zahlreich an dieser Versammlung beteiligen.

Die Arbeiterschaft ersuchen wir in den Betrieben und Familien, die Jugendlichen auf die Veranstaltung hinzuweisen und sie zu deren Besuch anzuhalten.

Der Vertrauensmann.

Ein lichter Augenblick.

Die Hallesche Zeitung bringt zur Verherrlichung der Revolution von oben des Bismarckschen Staatsstreichs von 1862 einen schwungvollen Leitartikel, der eine uns sehr nützliche Stelle enthält. Die Gottnadel feiert in großen Worten den Gewaltstreich Bismarcks und fährt dann wörtlich fort:

Nicht nach formalen Rechtstheorien entwickeln sich die Geschicke der Völker; sondern der ist zum Herrschen berufen, der die lebendigen Kräfte ihrer inneren Entwicklung begreift und erfaßt. Ueber dem äußerlichen juristischen Rechte, auf welches sich damals die preußische Kammer berief, gibt es noch ein höheres Recht, das Recht jener sittlichen Lebensgesetze der Völker, jener tiefen ethischen Wahrheiten, welche alles Menschenleben beherrschen und unser Geschlecht der Erfüllung seiner Mission in den Entwicklungsphasen der Weltgeschichte entgegenführen. Die Geschicke der Völker entwickeln sich nicht nach den Regeln des Privatrechtes; sie folgen ihren immanenten, inneren, sittlichen Gesetzen. Auch das innerpolitische Leben der Nationen läßt sich nicht binden durch die Zwirnsfäden juristischer Abstraktionen, sobald diese zum Unrecht werden gegenüber den sittlich gewiesenen Entwicklungsbahnen der Völker.

Es ist ja noch etwas ideologischer Schwulst diesen Sätzen beigemengt; aber im allgemeinen läßt sich mit ihnen jede große Umwälzung, jede gewaltsame Revolution restlos erklären und ihre Ursachen, wie ihre Folgen als wohlbegründet darstellen. Hoffentlich nimmt uns das Gottnadelchen es nicht übel, wenn einmal die organisierten Arbeitermassen bewußt als „lebendige Kräfte der inneren Entwicklung" die heutigen „formalen Rechtstheorien" beiseite schieben und die „Zwirnsfäden juristischer Abstraktionen", die schon lange zum Unrecht geworden sind, zerreißen würden. Das wäre allerdings die offene Revolution. Daß bei diesen „Entwicklungsbahnen des innerpolitischen Lebens der Nationen" sich „nicht nach den Regeln des Privatrechtes" gerichtet wird, wäre nach den Ausführungen der Halleschen selbstverständlich. Also ihr Machthaber und ihr Angehörigen der besitzenden Klassen, verlaßt euch nicht zu sehr auf eure formalen Rechtsansprüche. Diese „Zwirnsfäden" erkennt selbst die Hallesche nicht mehr an.

Freiwillige erweiterte Sonntagsruhe.

Die Bewegung für eine freiwillige Schließung der Geschäfte in den Vormittagsstunden der Sonntage greift rasch weiter um sich. Die Zigarrenhändler wollen versuchen, ihre Branche vorläufig zum Anschluß an diese Bewegung zu bringen. Die Goldwaren- und Uhrenhändler haben die Uebereinkunft, in den Frühstunden die Geschäfte ruhen zu lassen, fast alle unterzeichnet. Drei noch völlig grundlos abseits stehende kleinere Firmen werden sich hoffentlich noch recht schnell darauf besinnen, was es für sie bedeuten könnte, wenn an dem Fehlen ihrer Unterschriften diese kleine Verbesserung der Sonntagsruhe scheitern müßte!

In den Manufakturwaren- und Schuhwarenbranchen sind auch nur noch einzelne, die grundlos kleine Schwierigkeiten machen. Außerdem sind aber Schritte eingeleitet, damit auch noch die Kolonialwarenhändler und Viktualiengeschäfte mit in die Bewegung zur Erlangung einer erweiterten Sonntagsruhe einbezogen werden. Der Kolonialwarenhändlerverein hat seine Bereitwilligkeit erklärt, sich derartigen Maßnahmen anzuschließen, sobald auch die Viktualienhändler ihr Einverständnis damit erklären. Es würde für alle diese Geschäfte alsdann eine Geschäftszeit von früh 8 bis ½10 Uhr und ½12 bis 1 Uhr mittags eingeführt werden. Die Schwierigkeiten liegen gegenwärtig noch bei den Viktualienhändlern, doch besteht begründete Aussicht, daß auch diese sich dem gemeinsamen Vorgehen anschließen, zumal die Agitation für eine erweiterte Sonntagsruhe immer entschiedenere Formen annimmt. Wird aber erst in den Kolonialwarengeschäften und Viktualienhandlungen der sonntäglichen Einzelhandelsschluß durchgeführt, dann liegt es sehr nahe, daß ihm auch die anderen Geschäfte der Textilbranchen usw. sich baldigst anschließen.

Die Viktualienhändler werden persönlich für sich und ihre Familie das größte Interesse daran haben, Sonntags eine größere Ruhezeit zu erlangen. Erfahrungsgemäß kommt das höchste Sonntagsundschaft immer erst kurz vor Ladenschluß angerannt, und diese paar Bummelanten unter den Konsumenten mögen sich gefälligst früher auf ihre Sechseinkäufe bestinnen. Die Viktualienhändler werden also der vorgeschlagenen Kürzung der Geschäftszeit sicher zustimmen.

---

* **Ueber die Befangenheit der Richter** finden wir in einem auswärtigen bürgerlichen Blatte folgende bemerkenswerte Notiz: Daß das Vertrauen des Volkes in die Rechtspflege mindestens erschüttert ist, darüber braucht nichts mehr gesagt zu werden. Ob das Mißtrauen gerechtfertigt ist, mag zweifelhaft sein. Anderseits trägen die Richter oft selbst dazu bei, Mißtrauen zu erwecken. Der Partei, oder einem Angeklagten steht das Recht zu, wegen Befangenheit einen Richter abzulehnen. Trotzdem objektiv der Vorwurf begründet ist, hält sich der Richter oft verbluflich nicht für befangen und lehnt das Gesuch ab. Solches Verhalten erweckt selbstverständlich erst recht Mißtrauen. Unter diesen Umständen verdient ein Beschluß des Oberlandesgerichts Naumburg besondere Beachtung und Nachahmung. Nach dem Tatbestand hatte ein Amtsrichter in der mündlichen Verhandlung das Gebaren des Beklagten als eine offensichtlich betrügerische Schiebung bezeichnet. Daraufhin hatte der Beklagte ihn als befangen abgelehnt; der Amtsrichter hatte aber erklärt, er halte sich nicht für befangen, er erachte es für seine Pflicht, bei derartig offenbar betrügerischen Manipulationen, wie sie dort häufig vorkämen, die Ansicht des Gerichts unverhohlen in der Sitzung auszusprechen, und das Gesuch zurückgewiesen. Auf Beschwerde des Beklagten wurde dem Gesuch vom Oberlandesgericht Naumburg stattgegeben aus folgenden Gründen: Obwohl das Beschwerdegericht keinen Zweifel hat, daß der Amtsrichter trotz dieser Aeußerung unparteiisch und rein sachlich den Rechtsstreit verhandelt und entschieden würde, hält es doch die Ablehnung des Beklagten für begründet. Nicht bloß der Beklagte, sondern jede Partei kann aus einer solchen Aeußerung über ihr Verhalten Grund zu der Befürchtung entnehmen, der Richter werde entsprechend seiner vorgefaßten Meinung den Rechtsstreit entscheiden, er werde nicht nur, wie es sein Amt erfordert, beurteilen können, sondern in seinem Urteil immanenten der Partei durch seine vorgefaßte Meinung befangen sein. Diese Befürchtung nimmt ihr das Vertrauen zu der Unparteilichkeit des Richters und ist dazu auch objektiv geeignet.

* **Die Mitglieder des 7. Distrikts** des Sozialdemokratischen Vereins werden aufgefordert, sich am Dienstag, den 26. September nach Beendigung der Arbeitszeit im Blauscher Schützenhaus zur Kinghlaubberichte einzufinden. — Die Mitglieder des 16. Distrikts werden ersucht, nach dem Volkspark zu kommen.

Die Distriktsführer.

* **Pimperl Wichtig.** Der Saalezeitungs-Georg hat sich wieder gehörig mit Ruhm bekleckert. Er war bei einem Minister. Tischgebet, bei einem leibhaftigen richtiggehenden Minister! Und Wilhelm Georg hat sich — halt die Luft an und sei feierlich gespannt, lieber Leser — er hat mit dem Minister unterhalten dürfen. Tischgebet, er, Wilhelm Georg, Chefredakteur eines Fortschrittsblattes, hat mit einem Minister sprechen dürfen. Es war leider nur ein Minister eines ganz, ganz kleinen Ländchens. Aber es war doch ein Minister. Was dis hoch geseierte Unterhaltung zutage förderte, teilt Wilhelm Georg in sensationeller Aufmachung seinen erstaunten Lesern mit. Da wir jedoch unsere Zeit nötiger brauchen, haben wir diesen spaltenlangen Erguß natürlich nicht gelesen, sind trotzdem aber davon überzeugt, genau so schlau zu sein, als wenn wir die Georgsche Weisheit geschluckt. Festgestellt haben wir aber in aller Eile, daß der Herr etwa 15 mal sein leitgedrehtes „Ich" in dem Artikel untergebracht hat. Und das war ja wohl die Hauptsache.

* **Verordnung über die Feuersicherheit der Theater.** Der Brand des Theaters im Westen in Berlin hat jetzt zu einem neuen, von dem Minister der öffentlichen Arbeiten, und des Innern ausgehenden Erlaß geführt, in dem eine Revision aller Theater — älterer und neuerer — nicht nur in Berlin, sondern auch in allen anderen Städten Preußens angeordnet wird. Sollten sich Uebelstände vorfinden, die, wie im Theater des Westens, geeignet sind, beim Ausbruch eines Bühnenbrandes das Ueberspringen der Flammen in den Zuschauerraum zu erleichtern, so sind bis zur Abstellung der Mängel die Theater zu schließen.

* **Die Dorfstraße** ist eine noch unfertige Straße, die jetzt von der Stadtgemeinde ausgebaut werden soll. Das daselbst liegende provisorische Kopfsteinpflaster ist sehr schlecht. Wenngleich die Straße in ihrer fluchtlinienmäßigen Breite noch nicht ganz freigelegt, auch noch nicht voll bebaut ist, so liegt es doch im öffentlichen Interesse, daß nunmehr die Neupflasterung vorgenommen wird. Nach dem vom Magistrat den Stadtverordneten vorgelegten Kostenanschlag ist eine Pflasterung mit besten Kleinsteinen auf Kiesbettung vorgesehen. Er schließt mit 80 000 Mark ab. Mit der Neupflasterung ist eine Verbesserung der Abfuhrverhältnisse durch Auswechselung von verpfiesten Kanaldeckeln und Sandfangoberkästen sowie durch Vermehrung der Straßeneinläufe vorgesehen. Die Kosten sind auf 2000 Mark veranschlagt. Durch Herstellung von Hausanschlußerungen und Verlegung von Gas- und Wasserrohren sind in den Bürgersteigen Senkungen entstanden, die eine Umlegung derselben notwendig machen. Die aufzuwendenden Kosten werden 4000 Mark betragen.

* **Zur bevorstehenden Umzugszeit** werden die polizeilichen Bestimmungen über das An- und Abmelden bei den stattfindenden Wohnungsveränderungen sowie über die Fristen für Räumung von Wohnungen vom 9. September 1910 zur Beachtung erneut in Erinnerung gebracht.

* **Stadt-Theater.** Dienstag zum letzten Male Der Talisman. Mittwoch einmalige Aufführung des Troubadour von Verdi mit Frl. Recke vom Stadt-Theater in Freiburg i. B. als Gast auf Engagement. Am Donnerstag wird der Zyklus zu Ehren zeitgenössischer Dichter mit einer Aufführung von Max Dreyers neuem Lustspiel Der lächelnde Knabe fortgesetzt. Diese Novität erlebte vor einigen Tagen gleichzeitig im Komödienhaus in Berlin und am Hoftheater in Cassel ihre Uraufführung. Die Spielleitung hat Walter Sieg. Vorzugskarten der Literarischen Gesellschaft haben Gültigkeit. Freitag Tannhäuser.

* **Straßensperrung.** Behufs Herstellung eines Kanalanschlusses wird die Kleine Wallstraße zwischen Fleischerstraße und Große Wallstraße vom 23. d. Mts. ab auf 14 Tage für den Fahr- und Reiterverkehr gesperrt.

* **Warnung.** Freitag nachmittag sandte eine auf der Spitze wohnende Frau ihr achtjähriges Töchterchen nach dem Hallmarkt, um bei einem Kaufmann etwas zu holen. Dem Kinde waren 2,50 Mk., in Papier gewickelt, mitgegeben worden. Vor dem betreffenden Geschäft sprach ein etwa 14jähriger Junge das Kind an, gab ihm einige Bilder und sagte, er wolle ihm das Geld besser einwickeln. Das arglose Kind gab ihm das Geld und erhielt etwas in Papier gewickelt zurück. Der Bursche hatte an Stelle des Geldes ein Stück Pappe eingewickelt und war dann verduftet. Der jugendliche Räuber trug grünlichen Jackettanzug und ebensolche Mütze.

* **Kind ertrunken.** Ein 4½jähriger Knabe fiel beim Spielen hinter der Hafenstraße in den Kolgraben und ertrank. Die Leiche ist noch nicht gehoben.

* **Ein böses Leiden.** In der Nacht zum Sonntag wurde in der Gr. Steinstraße eine Frau von Wutkrämpfen befallen. Sie mußte in diesem Zustande in Schutzhaft genommen werden. Es ist dieselbe Frau, die in der Nacht zuvor mit einer schweren Kopfverletzung in der Schwemme aufgefunden worden ist. Es handelte sich dort also auch um einen Unfall.

* **Straßenunfälle.** Ein neunjähriger Schulknabe lief gegen eine Kraftdroschke, wobei er vom Vorderrad erfaßt und zu Fall kam. Ein Polizeisergeant erfaßte ihn und riß ihn zur Seite, wodurch ein weiteres Unglück verhütet wurde. Der Knabe kam mit einigen Hautabschürfungen davon und konnte seinen Weg allein fortsetzen. — Durch Schuld eines Kraftdroschkenführers wurden heute früh auf dem Marktplatze zwei Kraftdroschken beim Rückwärtsfahren beschädigt. — Ein Zusammenstoß zwischen einer Kraftdroschke und einem Lastgeschirr fand in der Leipziger Straße statt, wobei von einer Kraftdroschke der Acetylenbehälter abgerissen und ein Kotflügel verbogen wurde. — Ein Gastandelaber wurde in der Hedwigstraße von einem Möbelwagen umgefahren. — Durch den Sturz von Pferden in der Gr. Ulrichstraße wurde am 21. September der Straßenbahnverkehr zweimal auf fünf Minuten gestört.

* **Wilderer.** Der Arbeiter Otto Schmidt wurde mit noch einem Mann am 22. September abends unweit der Artilleriekaserne durch den Flurhüter Gähler beim Wildern angetroffen. Schmidt, der ein Jagdgewehr und Patronen bei sich führte, konnte nach kurzem Widerstande festgenommen werden, während sein Begleiter, der ebenfalls eine Schußwaffe bei sich führte und dem Flurhüter einen heftigen Schlag in das Gesicht versetzte, entkam.

* **Diebstahl.** In der Hordorfer Straße wurde ein mit Grünwaren und Kürbissen beladener kleiner Handwagen gestohlen. Vom Täter fehlt die Spur.

Stadt-Theater.

Tannhäuser. Oper von Richard Wagner. Es ist das Kennzeichen eines jeden echten Kunstwerkes, daß ihm sein Schöpfer etwas von seinem eigensten Wesen mitgibt. So ist auch der Tannhäuser ein Selbstbekenntnis Rich. Wagners. Wir wissen, daß (mit Goethes Faust zu reden) zwei Seelen in seiner Brust wohnten, d. h. daß zwei einander entgegengesetzte Triebe in seinem Herzen um den Vorrang kämpften, der eine das Begehren nach sinnlichem Genießen, der andere das Verlangen nach höherer Menschenwürde. Diesen Zwiespalt behandelt die Tannhäuserdichtung in dem Gegensatz zwischen der in üppiger Sinnenlust schwelgenden Venus nebst ihrem Hofstaat und andererseits dem höchst ehrbaren, tugendhaften Kreis auf der Wartburg. Venus ist die Frau Holda der altgermanischen Sage, eine Sonne und Regen spendende Gottheit. Als das Christentum seinen Einzug hielt, machten es seine Vertreter mit der Holda ebenso, wie mit andern heidnischen Gottheiten und Bräuchen, sie suchten sie aus dem Herzen des Volkes zu reißen, indem sie sie in Mißkredit brachten, und aus der „Holden" wurde ein finnbetörendes Wesen, vor dem jeder gute Christ sich zu hüten habe; sie wurde schließlich mit der Venus identifiziert und hauste nach dem Volksglauben im Hörselberg als Schrecken der Frommen. Wagner war weit entfernt, die dem Menschen innewohnende Sinnlichkeit für etwas Verabscheuenswertes zu halten, und so hat er in der Venus eine Gestalt gezeichnet, die, trotzdem sie schließlich unterliegt, doch unsere Anteilnahme herausfordert. Dem in Pfaffenmoral befangenen Philister aber gönnen wir gern das Vergnügen, sich „sittlich zu entrüsten", während er doch voll geheimer Wonne nach dem tollen Treiben im Venusberg schielt. Gegenüber der Venus vertritt der höfische Kreis auf der Wartburg, bei welchem ein Anflug von Pharisäertum nicht zu verkennen ist, das geistige Prinzip. Tannhäuser findet an beiden Stellen keine restlose Befriedigung; dort ergreift ihn Uebersättigung, hier gerät er in eine zwar von Tugendhaftigkeit erfüllte Atmosphäre, die ihm aber kalt anmutet und darum ebensowenig Befriedigung gewähren kann. Einzig Elisabeth, in der beide Prinzipien vereinigt sind — sie ist das keusche und liebende Weib — vermag ihn aus dem Zwiespalt herauszuführen, indem sie ihm auf dem Wege zum Tode voranschreitet.

Die Aufführung hat uns manche Enttäuschung bereitet; nach den vorzüglichen Leistungen in der Oper hatten wir mehr erwartet. Die Unreinheit war geradezu epidemisch, und es hatte den Anschein, als hätten die Verhältnisse bezüglich des Zusammenhanges zwischen Orchester und Bühne gestern besonders unglücklich gelegen. Wir verkennen die Schwierigkeit nicht, die die rhythmische und klangliche Uebereinstimmung eines hinter der Szene singenden Chorkörpers bereitet, aber derartige Abweichungen wie gestern sollten — zumal mit instrumentaler Unterstützung — nicht vorkommen; die Chorleistungen riefen die Erinnerung an die früher üblichen Zustände wieder wach, die wir erwarten, daß diese Scharte bei der Wiederholung durch erneutes Studium ausgemerzt wird. Von den Solisten boten Fr. Schwarz (Landgraf) und O. Rudolph die abgerundetsten Leistungen. Salenius als Titelheld hatte die schauspielerische Seite seiner Rolle mit Sorgfalt ausgearbeitet; als Sänger wird er noch Gutes bieten können, wenn er sich der weiteren Vervollkommnung seiner Stimme widmet. Denn diese ist da, aber die feinere Kultur fehlt noch. Die Lokale müssen durchweg dunkler gefärbt werden, die derzeitige flache Tongebung läßt den Hörer nicht warm werden. Die Maske war nicht günstig; man glaubte immer, Luther habe sich in den Venusberg verirrt. Susanna Stolz bestätigte als Venus, daß sie über eine wirklich schöne Stimme verfügt, die nur freier werden muß, um vorzüglich zu sein. Bei dem vorhandenen glänzenden Material kann es nicht allzu schwer fallen, dies Ziel zu erreichen. Die Elisabeth der M. Bruger-Dreps ist bereits bekannt. Sie hält sich mit Glück von dem bei manchen Darstellerinnen üblichen Fehler fern, sie als Heroine aufzufassen und betont das Halbkindliche ihres Wesens. Im „Gebet" wurde auch sie von der allgemeinen Unreinheit angesteckt, vielleicht durch das Beispiel der Holzbläser verführt. Durch die steife Schwesterntracht hatte sie ihr Aeußeres keineswegs günstig beeinflußt; welche fließende Stoffe dürften hier weit mehr Erfolg versprechen. Von den übrigen nennen wir Alfred Fährbach, Theo Raven, Fr. Gruselli und Karl Kruthoffer als geeignete Vertreter der Thüringer Sänger. Der junge Hirt sang erstaunlich unrein (zu hoch!). Was die Bühnenbilder betrifft, so verdienen die Dekorationen unbedingt Lob; nur auf den komisch wirkenden Abendstern würden wir gern verzichten. Gut war auch das Bild des Sängerkrieges. Dagegen machte der Venusbergspuk einen allzu harmlosen Eindruck. Mit der im höchsten Maße erregten Musik standen die Vorgänge jedenfalls in keiner Uebereinstimmung. Die Tänzerinnen machten ein paar windmühlenartige Bewegungen, das war alles; von bacchantischer Ausgelassenheit keine Spur. Es scheint, als ob wir hier aus dem herkömmlichen Balletschlendrian nicht herauskommen, obwohl die Anweisungen doch keinen Zweifel lassen, wie diese Szene gemeint ist. Die musikalische Leitung von Karl Ohnesorg ließ im allgemeinen eine sichere Hand erkennen. Nur muß in Einzelheiten noch ausgeglichen gewirkt werden. In der Ouvertüre könnten die Posaunen (beim ersten Solo) präziser ansetzen; bei dem chromatischen Abstieg des ganzen Orchesters über dem Orgelpunkt H muß das Schlußaccord etwas gezügelt werden, das gestern alles fast erdrückte. Im übrigen verdient gerade die klare Deutlichkeit der Venusbergmusik erwähnt zu werden.

W. A.

Allerlei.

Alleinseligmachendes Christentum.

Vorige Woche verunglückte auf dem Bahnhof zu Markt-Redwitz der Rangiergehilfe Indra tödlich. Bei der Beerdigung des in seinem Berufe gefallenen, allseitig beliebten Mannes spielte sich nach den Berichten bürgerlicher Blätter eine häßliche Szene ab. So schreibt das Selbst Tageblatt:

„... Eine zahlreiche Trauerversammlung gab dem auf so traurige Weise ums Leben gekommenen das letzte Geleite. Herr Pfarrer Dr. Stich leitete die Grabrede mit folgenden Worten ein: „Wir sind nicht hier am Grabe, um zu richten, das überlassen wir einem Höheren. Der Verstorbene hat vor 8 Jahren eine Protestantin geheiratet, er hat seine Kinder protestantisch taufen lassen, und das wird ihm unsere heilige Kirche nicht verzeihen, wir sollten ihm eigentlich das Gebet verweigern. Er war ein schlechter Katholik." — Weiter kam der Pfarrer vorerst nicht, denn Protestanten wie Katholiken waren über diese Beleidigung am Grabe, wo Trost gespendet werden soll, empört und machten durch lautes Schimpfen ihrem Aerger Luft. Die Mutter des Verunglückten wollte sich auf den Geistlichen stürzen und mußte zurückgehalten werden. Zum mindesten dreiviertel der Anwesenden verließen den Friedhof..."

Was in mühevoller Agitation optimals unsere Genossen nicht schaffen, die Unduldsamkeit fanatischer Glaubenseiferer erreicht es: sie lehrt die Leute nachdenken, ob denn wirklich das Handeln der frommen Hirten übereinstimmt mit den Lehren des großen Nazareners. Und nichts erschüttert die Macht des Pfaffentums stärker als selbständiges Denken.

Gräueltaten in sibirischen Kerkern.

In den fernen Katorggefängnissen Transbaikaliens spielen sich wieder Tragödien ab, die an die Schreckensszenen des Herbstes 1910 erinnern. Damals beging bekanntlich eine Anzahl politischer Gefangener, unter ihnen Sasonow, Selbstmord, da sie der Tyrannei der Administration nicht mehr standhalten konnten. Unsere Genossen in der Duma deckten damals das auf das langsame Hinmorden der politischen Gefangenen hinzielende Verwaltungssystem auf und die Regierung stellte sich durch ihre gleich darauf enthüllten lügnerischen Dementis selbst an den Pranger. Nun wiederholen sich dieselben Ereignisse. Wie die Moskauer Blätter melden, wurde am 3. September in Kutamara der politische Gefangene Brillin auf Befehl des Hauptgefängnisinspektors Sementowsky durchgepeitscht, worauf sämtliche Gefangene den Hungerstreik erklärten. Die Erregung nahm einen solchen Umfang an, daß drei Gefangene Selbstmord begingen. In den letzten Tagen haben weitere zehn Gefangene einen Selbstmordversuch unternommen, der für vier tödlich verlaufen ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Tatsachen nur einen Bruchteil der grauenhaften Vorgänge in den sibirischen Kerkern darstellen. Die Regierung schweigt und ist eifrig bemüht, die Einzelheiten von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120924-10/fragment/page=0007

der Oeffentlichkeit fernzuhalten. **Wo sind nun heute die Vertreter der „europäischen Kultur“, die in den 80er, in den 90er Jahren gegen die Durchpeitschung der politischen Gefangenen in Rußland protestiert haben?**

Furchtbare Wirbelstürme in China und Nordspanien.

Ein Lyoner Blatt veröffentlicht folgende Depesche des apostolischen Vikars für das östliche Tschekiang aus Ningpo: Am 16. September hat sich im Süden meines Vikariats ein unerhörtes Unglück zugetragen. Ein **Taifun hat ganze Städte, unzählige Dörfer zerstört. 100 000 Familien sind ruiniert. 50 000 Menschen sind ertrunken.** — Nach einer Meldung aus Saragossa ist die spanische Stadt Herreva von einem furchtbaren Wirbelsturm heimgesucht worden. Die Fluten des Ebro sind durch den Sturm aufgepeitscht, so daß der Fluß Hochwasser mit sich führt. Die kleine Stadt Herreva ist vollständig überschwemmt. Ueber hundert Häuser, darunter das Bürgermeisteramt und auch die Kirche stehen unter Wasser. Die reißenden Fluten des Ebro haben verschiedene über den Fluß führende Brücken zum Einsturz gebracht. Zahlreiche Tiere haben in den Fluten ihren Tod gefunden. Auch werden mehrere Hirten vermißt.

Todessturz von der Siegessäule.

Der Tapezier Erich Bittner in Charlottenburg beschäftigte sich seit längerer Zeit bereits mit der Konstruierung eines Fallschirms. Kleinere Versuche waren ihm wohl auch glücklich gelungen, so daß er jetzt von der Siegessäule in Berlin einen Fallschirmabsturz auszuführen gedachte. Als er sich Sonntag vormittag gegen 11 Uhr von der höchsten Plattform der Siegessäule mit dem Fallschirm herabschwang, versagte der Apparat und Bittner stürzte auf das Säulendach, wo er zerschmettert liegen blieb. Die alarmierte Feuerwehr holte ihn herunter und brachte, da der Tod bereits eingetreten war, die Leiche nach dem Schauhause. Ein Photograph, der für eine Filmfabrik eine Aufnahme des Fallschirmabsturzes machen wollte, suchte schleunigst das Weite und konnte bisher nicht ermittelt werden.

Eisenbahnunglück in Frankreich.

Aus Cann kommt die Meldung von einem schweren Eisenbahnzusammenstoß, der einen folgenschweren Ausgang nahm. Gestern abend rannten unweit des Bahnhofes Seine zwei mit Ausflüglern voll besetzte Eisenbahnzüge miteinander zusammen. Hierbei wurden **acht Personen getötet und 30 mehr oder minder schwer verletzt.**

Bei Merville hat sich ein Straßenbahnunfall zugetragen, bei dem **mehrere Personen getötet und verletzt** wurden. Nach Depeschen des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten ist bei dem Unglück eine Person getötet worden, während 16 Personen, darunter eine tödlich und drei schwer verletzt wurden.

Vom „Stehkragenproletariat“.

In der Bauwelt kann man folgendes Inserat lesen:

„Für 100 Mark
per Monat suche ich Stellung als Hochbautechniker, Baugewerksschule absolviert, zwölf Jahre Praxis. Firm in allen technischen Arbeiten. Guter Zeichner. Kaufmännisch gewandt und angenehmes Aeußere. Verheiratet, lange ohne Stellung. 32 Jahre alt.
G. W., Friedrichsfelde. M . . . . str. . . .

Unverhüllt tritt aus diesem Angebot die unsäglich traurige Lage ans Licht, in der ein großer Prozentsatz des gebildeten „neuen Mittelstandes“ zu vegetieren gezwungen ist. Gute Schul- und Fachbildung, sowie langjährige technische und kaufmännische Erfahrung reichen nicht aus, einem verheirateten Manne ein Einkommen zu verschaffen, wie es selbst der ungelernte Arbeiter sich zu erringen gewußt. Trotzdem die deutsche Industrie einen beispiellos glänzenden Aufstieg nahm!

Kleines Allerlei. Von Hochwasser überflutet ist die ungarische Stadt Marmaros Sziget. Die Schiffsbrücke wurde fortgerissen; die Gefahr ist groß. — Während eines Gottesdienstes in der Synagoge in Terespol (Rußland) entstand infolge einer aus einer umfallenden Petroleumlampe herausschlagenden Flamme in der überfüllten Frauenabteilung eine Panik. Vier Frauen wurden erdrückt und 23 verletzt, unter ihnen drei lebensgefährlich. — In dem kleinen märkischen Städchen Velten hat sich eine schwere Mutat ereignet. Dort wurde von zwei bisher noch nicht ermittelten Burschen der Vertreter der Patzenhofer Brauerei Otto Reinicke überfallen, durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt und seiner Barschaft in Höhe von 900 Mark beraubt. — Der bekannte englische Flieger Astley, der zur Zeit auch den Versuch unternommen hatte, von Paris nach Berlin zu fliegen, stürzte auf dem Flugplatz in Belfast aus einer Höhe von 50 Metern ab und starb an den erlittenen Verletzungen.

Bei akuten und chronischen Durchfällen der Kinder und Erwachsenen hat sich „Kufeke“ als leicht verdauliche, Ernährung regelnde Kost seit Jahrzehnten glänzend bewährt, denn es führt dem Körper die nötigen Nährstoffe zu, ohne Magen und Darm von neuem zu reizen.

Der Mann in die Gewerkschaft!
Die Frau in die Genossenschaft!
Beide in die Partei!

Hoodti
JUNO
QUALITÄTS- 2 PFG. CIGARETTE

Rheinperle Solo
Margarine die Eltemarken der Branche ersetzen
feinste Butter
In Geschmack, Aroma und Bekömmlichkeit bester Butter gleich, aber wesentlich billiger. — Ueberall erhältlich.
Allein. Fabrik.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen, G.m.b.H., Goch (Rhld.)

Keine Fleischnot mehr!!!
Dienstag früh eintreffend, fast
10 000 Pfd. blutfrisches Fisch-Fleisch.
Nur hochfeine, lebendfrische Ware, eigene Fänge unserer neuen, erstklässigen Dampfer, kommt zum Verkauf.
Frische Seefische, gut zubereitet, ebenso schmackhaft wie Fleisch. — Kochbücher gratis.

Grüne Heringe und kleiner Schellfisch	℔ 19 ₰
Seelachs ohne Kopf, Anschnitt	℔ 22 ₰
Kabeljau ohne Kopf, Anschnitt	℔ 25 ₰
Karbonaden, vollständig brutfertig	℔ 30 ₰
Schellfisch ohne Kopf	℔ 28 ₰
Angelschellfisch, 1-2 pfündig	℔ 33 ₰

Verkauf findet **nur Dienstag** statt; Ware ist sofort in Empfang zu nehmen; für Zusendung ins Haus erhöhte Preise.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft
Nordsee Deutschlands grösster Seefisch-Handel. — Eigener Hafen. — 42 eigene Dampfer.
Eigene Eisenbahn-Kühlwagen. — Eigene Räucherei und Marinier-Anstalt. — Beste, bequemste und zuverlässigste Bezugsquelle für Händler, Hotels usw.

Kartoffeln! Kartoffeln!
verkaufe Dienstag auf dem **Hallmarkte, vis à vis dem Arbeitsnachweis,** in vorzüglicher **Koch-Ware:**
10 Pfd. 26 Pf., 20 Pfd. 50 Pf., 100 Pfd. 240 Pf.
Wenn Konkurrenz billiger, dann noch billiger.
Herm. Hühne, Grosse Ulrichstrasse 31,
Eingang Kl. Ulrichstr., Grösstes Kartoffel-Detail-Geschäft am Platze.
Telephon 3395.

Meiner werten Nachbarschaft mache ich hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich am **Sonnabend d. 21. ds.**
Seebenerstrasse 9b eine
Rind- u. Schweine-Schlächterei
eröffnet habe. Neben **frischem Fleisch** werde ich **Wurst- und Räucherwaren** in guter Qualität stets vorrätig halten.
Indem ich bitte, mich in meinem Unternehmen gütigst zu unterstützen, werde ich immer bemüht bleiben, Sie durch reelle und gute Bedienung zufrieden zu stellen.
Hochachtungsvoll **Hugo Herfurth.**

Obsthorden
in allen Größen, von **95** Pf. an.
M. Bär Nachf.,
Gr. Ulrichstraße 54.

Jeden Dienstag:
Schlachte-Fest.
O. Grabaum,
Mansfelderstraße 3.
Morgen u. jed. Dienstag
— **Schlachtefest.**
Joh. Fischer,
Große Gosenstraße 39.

Sauberes älteres
Dienstmädchen
für 1. Oktober oder später **gesucht.**
Zu melden
Volkspark, Burgstraße 27.

Werkzeugschlosser
für Schnitte und Stanzen, in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen, Alter, bisherig. Tätigkeit, an **Elektrotechnische Fabrik C. Carl,** G. m. b. H., **Ober-Weimar,** S.-W.-E.

Soeben erschienen:
Glühlichter.
Nr. 19.
Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch alle Austräger und die
Volksbuchhandlung,
Harz 42/43.

Kämme
aus Galalith, fast unzerbrechlich, sehr billig.
C. F. Ritter,
Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Arbeitsmarkt

Junger Mann
14—16 J., für leichte Expeditionsarbeiten, gegen gute Entschädigung für Versandgeschäft gesucht. Off. unter **V. H. 191** an die Exped. dieser Zeitung.

Krankenpfleger (26) i. Stellg. in Privathaus. Off. unt. **A. J. 96** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Schlosser, tüchtige, stellt ein **J. Rau,** Lessingstr. 40.

Hausarbeiterinnen
gesucht.
S. Frenkel, Domplatz 9.

Suche für jeden Bezirk f. dauernd zur Uebernahme einer Versandstelle einen strebsamen Mann, gleich ob in Stadt oder Land wohnhaft und gleich welchen Berufes, auch als Nebenverdienst geeignet, daher keine Berufsaufgab. Monatl. Einkomm. b. 400 M. Es wollen sich nur fleißige, strebs. Pers. melden. Anfr. u. G. 162 a. Daube & Co., Köln a. Rh.

Bruchbänder, Leibbinden, Geradehalter, nur bestbewährte Modelle, fachmännische, streng sachgemäße Bedienung.
F. Hellwig, Halle a. S., Barfüsserstr. 10.
Fernruf 2620. — Gegr. 1831.
Aeltestes Spezialgeschäft am Platze

Als geprüfte **Masseuse** empf. sich den geehrten Herrschaften Frau **Helene Rademacher,** Eichendorffstraße 33.
Komme auf Wunsch ins Haus.

Bekanntmachung.
Wer von den hiesigen Einwohnern im Jahre 1913 ein Wandergewerbe beginnen oder fortsetzen will, kann die Ausfertigung des Wandergewerbescheines im Polizei-Verwaltungs-Büro, Dreyhauptstraße 6, II, Zimmer 98, beantragen. Es empfiehlt sich, dies schon jetzt zu tun. Zweckmäßig ist es, den Wandergewerbeschein für 1912 mitzubringen, sofern in diesem Jahre das Wandergewerbe bereits ausgeübt wurde. Notwendig ist in allen Fällen das persönliche Erscheinen an der vorgenannten Dienststelle.
Bei der Stellung des Antrages ist ein unaufgezogenes Lichtdruckbild des Antragstellers in kleinerer Form mit einzureichen, da vom Jahre 1913 an die Wandergewerbescheine mit einem solchen versehen sein müssen.
Das Bild muß ähnlich und gut erkennbar sein, eine Kopfgröße von 1,5 cm haben und darf in der Regel nicht älter als fünf Jahre sein. Es ist zu erneuern, wenn in dem Aussehen des Gewerbetreibenden eine wesentliche Veränderung eingetreten ist. Bei gemeinsamen Wandergewerbescheinen genügt das Lichtdruckbild des Unternehmers; wenn ein solcher nicht vorhanden ist, das eines Mitgliedes.
Anträge ohne Bild können nicht an den Bezirksausschuß weiter gegeben werden.
Halle a. S., d. 16. Sept. 1912.
Die Polizei-Verwaltung.

Stufenleitern
Stufe von **50** Pf. an.
M. BÄR Nachf.

30% **Rabatt gewähre Wiederverkäuf. für m. rühmlichst bekannt. echt Thür. Musgewürz. P. Koch, Halle a. S., Viliensir. 17.**

1 elegante Salon-Einrichtung,
1 elegantes Schlafzimmer m. 3teil. Ankleideschrank, eine Kücheneinrichtung, 1 Flurtoilette, echt Eiche, alles zusammen für
690 Mark
verkauft
Friedrich Peileke,
Geiststr. 25.

Rester-Geschäft
wird anständigen Leuten unter günstigen Bedingung. eingerichtet. Anzahlung erforderlich. Laden nicht notwendig. Offerten unter **D. F. 8156 Rud. Mosse, Dresden.**

16 Mk. Ober-, Unterbett, Kissen, voll u. breit, zu verkaufen Geiststraße 21, 2 Tr. r.

Stickringe
zum Anschrauben, in allen Grössen.
C. F. Ritter,
Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Schachspiel
Mit Anleitung zum Spielen. Das interessanteste aller Spiele
Preis 20 Pfg.
Volks-Buchhandlung.

Standesamtliche Nachrichten

Halle-Süd (Steinweg 2), 21. Sept.

Aufgeboten: Bierfahrer Kohl und Luise Rehring (Fischerplan 3 u. Langenbagen). Reserve-Lokomotivführer Trauernicht u. Auguste Büttstoff (Kaffmerstr. 15). Kaufmann Meisner und Helene Otto (Jakobstr. 46 und Nickel Hoffmannstr. 14). Stärkemeister Nowack und Berta Peiske (Nechlau und Frankestraße 6). Schlosser Dahms und Emma Schech (Delitzsch und Saalberg 18). Kutscher Heidek und Theresia Lissak (Gr. Brauhausstraße 21). Handlungsgehilfe E. Jänicke und A. Hoffmann (Halle a. S. u. Aschersleben). Bäckermeister Reinhardt u. Berta Strube (Halle u. Schkeuditz). Arbeiter Kühne u. A. Nicolai (Leitewitz). Arbeiter Kirchmann u. M. Jaenicke (Trotha und Seeben). Bergmann Rutkowski u. Eleonore Benedix (Greifsfeld). Buchdrucker Kuras und A. Köddertzsch (Halle und Osterfeld).

Eheschließungen: Lokomotivführer Fielitz und Auguste Hase (Landsbergerstraße 57). Krankenkassenrendant Schirmer u. Lynna Kreutz (Wörmlitzerstr. 10 u. 111). Tischler Meinhardt und Ida Siebert (Saalberg 18 und Mansfelderstraße 47). Metalldreher Herzberg u. Wilhelmine Kreutzmann (Bernhardstraße 26 und Gimritz). Diplom-Ingenieur Kreptzig und Ruth Schmedtje (Magdeburgerstraße 10 u. 56). Maschinist Lücke und Luise Huske (Saalberg 16 und 20). Konditor Harre und Anna Knoll (Röserstraße 28). Telegraphenarbeiter Zinke u. Hedwig Hubold (Bernhardstraße 11).

Geboren: Arbeiter Naumann S. (Saalberg 27). Invalidem Bust T. (Gerberstraße 15). Invaliden Frey S. (Lauchstädterstraße 20). Arbeiter Schwenke T. (Merseburgerstr. 104). Steinsetzer Wollmann aus Leutsch Sohn (Klinik). Schmied Kroes T. (Dieskauerstraße 13).

Gestorben: Arbeiter Erdmann aus Teicha, 31 J. (Prinzenstr. 11). Witwe Moosdorf geborene Gerth, 87 J. (Bernhardstr. 5). Schlossers Höpfner S., 1 Monat (Merseburgerstraße 92). Arbeiters Müller aus Zangenberg S., 11 J. (Bergmannstroß). Schneiders Schmidt T., 2 Jahre (Lindenstraße 75).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a), 21. September.

Aufgeboten: Arbeiter Grübsch und Martha Stolle (Schkeuditz u. Trotharerstraße 64).

Eheschließungen: Tapezierer Hillers und Klara Rausch (Geiststraße 56). Oberfeuermann Jahn und Luise Zäckel (Albrechtstr. 24 und Mittelstraße 8). Arbeiter Rolle und Minna Grothe (Gr. Gosenstraße 20 und Brachfeldt). Geschäftsführer Wernitzsch und Ida Schumann (Albrechtstraße 17 und Fleischerstraße 7). Oberpostschaffner Fuchs u. Hedwig Ernst (Berlinerstraße 30 und Merseburg). Dr. phil. Schlüter und Margarete Lange (Schillerstraße 9 und Friedrichstraße 47). Küchenchef Kirchhof u. Emilie Spangenberg (Röderberg 10 und Reilstraße 132).

Geboren: Arbeiter Mlozek S. (Trotharerstr. 78). Maurer Schuster S. (Weißenburgstraße 16). Arbeiter Strotzki S. (Dölauerstr. 25). Geschirrführer Nöhrmann Tochter (Cröllwitzerstraße 7).

Gestorben: Arbeiter Kluge, 54 J. (Trotharerstraße 1). Witwe Zander geb. Ulbricht, 85 J. (L.-Wuchererstraße 6). Apotheker Pietschmann aus Lauchstedt, 58 J. (Weidenplan 6).

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Hähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120924-10/fragment/page=0008